:antifaschistische nachrichten

Nr. 14

g 3336 20.6.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Regierung gleichgültig bei Neonazi-Demos und Strafverfolgung gegen rechts

BERLIN. Zu Antworten der Bundesregierung auf PDS-Anfragen zu „Rechtsextremistischen Demonstrationen seit 1990“ und „Ermittlungsverfahren und Urteilen bei rechtsextremistischen Straftaten 2001“ erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Seit zehn Jahren sind die Landesjustizverwaltungen weder in der Lage noch willens, auf monatliche bzw. vierteljährliche Anfragen zu Ermittlungsverfahren und Urteilen gegen rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftäter zu antworten. Die Statistik kommt immer erst weit nach Jahresschluss.

Seit zehn Jahren bleibt damit im Dunkeln, ob rechte Straftäter von den Gerichten zügig oder verzögert, angemessen oder zu gering, bestraft werden. Welch verheerendes Signal von einem nachlässigen Umgang der Gerichte mit rechter Gewalt ausgehen kann, ist bekannt. Im Fall des rassistischen Pogroms von Rostock-Lichtenhagen 1992 sind die letzten Urteile vor einer Woche, also zehn Jahre zu spät, gesprochen worden.

Auf unsere Frage, ob Bundesregierung und Landesjustizverwaltungen dies endlich ändern wollen, antwortet die Regierung lakonisch: Nein. Der Aufstand der Anständigen findet beim Thema rasche und konsequente Verfolgung rechter Gewalt offenbar nicht statt.

Auch die Zahl rechter Demonstrationen seit 1990 ist der Bundesregierung und ihren Sicherheitsorganen angeblich unbekannt. Die Zahl der Neonazi-Demonstrationen aus den letzten fünf Jahren liegt der Regierung zwar vor, doch eine Übersicht gibt sie lediglich für die letzten drei Monate des Jahres 2001.

Ich frage mich, was tut der Verfassungsschutz überhaupt gegen rechts, außer V-Leute-Skandale zu produzieren?

PM Ulla Jelpke ■

Aus dem Inhalt:

Nicht wieder „Schlesier-Treffen“ in Hannover



Das war Hannover 1985 und 2003?

Das nächste „Deutschlandtreffen der Schlesier“ wird 2003 in Hannover stattfinden.

Das Verhältnis der Landsmannschaften zur Niedersächsischen Landesregierung bezeichnete die Hannoversche Allgemeine Zeitung als „frei von Spannungen“ und „völlig unverkrampft“.

Nach dem Wahlsieg der rot-grünen Koalition 1990 war das „Schlesiertreffen“ – es wurde stets mit erheblichen Landesmitteln finanziert – nicht mehr in Hannover durchführbar, weil die neue Landesregierung die Zuschüsse gestrichen hatte. Wohlgemerkt, nur die Zuschüsse, die für das „Schlesiertreffen“ vorgesehen waren. Auch wenn das „Schlesiertreffen“ darauf hin in Nürnberg stattfand, war dies trotzdem ein kleiner Erfolg und für Sozialdemokraten in der SPD die Möglichkeit gegen den Revanchismus aufzutreten. Mit dieser Entscheidung gibt die SPD dem Werben der Konservativen nach einer stärken revanchistischen Politik nach. Die VVN/BdA Niedersachsen hat dagen in einem Offenen Brief an alle Landespolitiker protestiert. Wir meinen dieser Vorgang ist von bundesweiter Bedeutung.

jöd ■

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gabriel,

im Rahmen eines Offenen Briefes drückt die Landesvereinigung Niedersachsen der VVN-BdA ihren Protest dagegen aus, dass die Landesregierung mit erheblicher finanzieller Unterstützung die Durchführung des nächsten „Deutschlandtreffens der Schlesier“ im Sommer 2003 in Hannover ermöglicht.

Die Landesdelegierten-Konferenz der VVN-BdA am 15./16. Juni 2002 in Celle verabschiedete die folgende Entschließung:

Im Entwurf für den Landeshaushalt 2002/2003 hat die Landesregierung einen Betrag von 128.000 EURO eingestellt zur finanziellen Unterstützung des nächsten „Deutschlandtreffens“ der „Landmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.“ (im Folgenden LMS) im Sommer 2003 in Hannover.

Die finanzielle Unterstützung für die sogenannten Schlesiertreffen wurde nach der Landtagswahl 1990 von der rot-grünen Koalition gestrichen, so dass die Treffen fortan in Nürnberg stattfinden mussten, nachdem die bayrische Staatsregierung als Sponsor für die LMS einsprang.

Fortsetzung Seite 2

Roeder gesucht

ROSTOCK. Gegen Manfred Roeder, der 1982 wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchter Anstiftung zum Mord zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist Haftbefehl erlassen worden.

Roeder, 1998 Bundestagskandidat der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, war nicht vor dem Rostocker Landgericht erschienen, wo er sich wegen Beleidigung, Verunglimpfung des Staates und Volksverhetzung verantworten sollte. *hma* ■

FDP-Politiker zurückgetreten

ULM. In Ulm ist der dortige Kreisvorsitzende der FDP, Stefan Havlik (22), am 10. Juni von seinem Amt zurückgetreten. Auch von seiner Mitgliedschaft im Landesvorstand der bayerischen FDP trat Havlik zurück, bleibt aber Mitglied der Partei. Havlik hatte am Jahreskongress des „Studienzentrums Weikersheim" teilgenommen und dort nach einem Referat über den christlichen Glauben in der Bildungspolitik in einem Wortbeitrag u.a. gefordert, dass Schulabgänger die deutsche Nationalhymne kennen sollten und vor deutschen Schulen deutsche Fahnen wehen sollten. Auf seinen Internetseiten forderte Havlik darüber hinaus u.a. den Rückzug Israels in den Grenzen von 1947, bezeichnete die Politik Scharons als „Staatsterrorismus" und kritisierte die damaligen EU-Sanktionen gegen Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ .

Nachdem verschiedene Medien dies aufgegriffen hatten, trat Havlik von seinem Amt zurück. Dem Ulmer Kreisverband hat die Diskussion um Havliks Äußerungen bislang nicht geschadet. Der ist um 20 auf 100 Mitglieder angewachsen, ein Höchststand seit 1947. *hma* ■

Diffuses Bündnis II

BICKENBACH. In einer Anzeige in der „FAZ" vom 18. Juni werden weitere Unterzeichner der „Resolution zur Wiederherstellung der Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung" präsentiert, die von der „Criticon"-Autorin Astrid Luise Mannes aus Bickenbach, der Zeitung „Deutsche Sprachwelt" (Schriftleiter ist Thomas Paulwitz, Autor u.a. in der „Jungen Freiheit" und im „Ostpreußenblatt"), dem „Verein für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege e.V." und von „Lebendige deutsche Sprache e.V." getragen wird.

Mitunterzeichner der „Resolution" sind demnach auch der ehemalige Regierungssprecher Peter Boenisch, der ehemalige Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, der Schauspieler Manfred Krug, der Schriftsteller Reiner Kunze und Gerhard Löwenthal (ehemals „ZDF-Magazin"). Als Mitunterzeichner hinzugekommen sind auch die Zeitschriften „Das Freie Forum" der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP), „Deutsche Geschichte" der „Verlagsgesellschaft Berg" des GFP-Funktionärs Gerd Sudholt, der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Fernuniversität Hagen, der „Orion-Heimreiter-Verlag" des ehemaligen JN/NPD-Aktivisten Dietmar Munier, die „Christdemokraten für das Leben", die „Hans-Filbinger-Stiftung", die „Liste der EU-Opposition" im österreichischen Perchtoldsdorf, der „Deutsche Rechts- und Lebensschutzverband", das „Collegium Humanum", die „Deutsche Studiengemeinschaft" und der „Schleswig-Holsteinische Heimatbund".

hma ■

Fortsetzung von Seite 1

Wie der Presse zu entnehmen war, will die niedersächsische Landesregierung nunmehr wieder ihre „Verantwortung als Pate" für die Landsmannschaft wahrnehmen und mit dem o.g. Betrag die Durchführung des „Schlesiertreffens" in Hannover ermöglichen.

Aus Anlass eines Festaktes zum 50jährigen Bestehen der Patenschaft, zu dem die Landesregierung eingeladen hatte, bezeichnet die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ) am 6.11.2000 das Verhältnis zwischen der Landesregierung und der „Landsmannschaft Schlesien" als „frei von Spannungen" und „völlig unverkrampft".

Dazu stellt die VVN-BdA Niedersachsen fest:

Weder hat sich die LMS irgendwelche Verdienste bei der deutsch-polnischen Verständigung erworben, noch hat sich bei ihr ein Kurswechsel vollzogen, wie Innenminister Bartling in der HAZ vom 6.11.2000 inhaltlich wiedergegeben wird.

Das Gegenteil ist der Fall: Die LMS betrachtet sich weiterhin als rechtmäßiger Repräsentant „für Schlesien", wie ein Blick in das Handbuch des Bundes der Vertriebenen (BdV) zeigt. In der aktuellen Ausgabe von 1996 heißt es:

„Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien – in der Bundesrepublik Deutschland ist die Vertretung Schlesiens und der Schlesier. Die Landsmannschaft Schlesien tritt ein für die Freiheit der Heimat in einem freien Vaterland Deutschland in einem freien, geeinten Europa, aufgrund der Selbstbestimmung und gemäß der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5.8.1950. ... Sie vertritt die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Interessen Schlesiens und der Schlesier ..."

In dem gleichen Tenor sind Passagen in der Jubiläumsbroschüre zum 50jährigen Bestehen der LMS aus dem Jahr 1999 gehalten. In einer Resolution aus dem Jahre 1993 heißt es dort: „Es gibt keinen historischen, moralischen, rechtlichen Titel Polens auf Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße."

Wie der Antwort der Bundesregierung vom 20.3.2002 (Ds 14/8604) auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion zu entnehmen ist, haben beim „Schlesiertreffen" 2001 in Nürnberg sowohl die rechtsextremistische Wochenzeitung „Der Schlesier" als auch der „Zentralrat der vertriebenen Deutschen", den die Bundesregierung ebenfalls als rechtsextremistisch einstuft, Stände aufgestellt. Sowohl „Der Schlesier" als auch das NPD-Organ „Deutsche Stimme" haben das „Schlesiertreffen" – zum Teil wiederholt – angekündigt.

Auf diesem Treffen wurde auch Bundesinnenminister Schily ausgepfiffen und ausgebuht, als er die Umsiedlung der Deutschen nach 1945 aus den ehemaligen Ostgebieten als Reaktion auf den Vernichtungskrieg des Nazi-Regimes bezeichnete. Interview-Reaktionen von Kundgebungsteilnehmern, die das ARD-Magazin „Monitor" am 26.7.2001 sendete, belegen außerdem, dass die akustischen Ausfälle gegen Otto Schily nicht Überreaktionen Einzelner waren, sondern das vorherrschende Meinungsbild des Publikums wiedergaben.

Allein diese Tatsachen, denen aus Platzgründen zahlreiche weitere nicht folgen können, sollten die Landesregierung dazu bewegen, eine finanzielle Unterstützung des für 2003 geplanten „Schlesiertreffens" nicht zu gewähren.

Die VVN-BdA Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung außerdem auf, die Patenschaft mit der „Landsmannschaft Schlesien" zu kündigen und damit auch jede weitere finanzielle Unterstützung für die Landsmannschaft und ihrer Heimatkreisvereinigungen einzustellen.

Wir halten es weiterhin für angebracht, dass die Landesregierung eine entsprechende Aufforderung auch an die niedersächsischen Kommunen ausspricht, die Patenschaften mit Heimatkreisvereinigungen der „Landsmannschaft Schlesien" pflegen.

Celle, 20. Juni 2002
Gerd Bornemann,
für den Landessprecherkreis ■

PDS-Landesvorsitzende von Neonazis angegriffen

DÜSSELDORF. Am frühen Abend des 15. Juni wurde die Landesvorsitzende der PDS Nordrhein- Westfalen, Andrea Kasperzik, am Essener Hauptbahnhof von einer Gruppe Neonazis tätlich angegriffen. Dazu heißt es in einer Pressemitteilung der PDS Nordrhein-Westfalen:

Gegen 19 Uhr wurde Andrea Kasperzik von einem Mann, der aufgrund seiner Frisur und Kleidung eindeutig der Skinhead-Szene zuzuordnen war, auf ihr T-Shirt mit dem Aufdruck „socialist" angesprochen und gefragt, ob vor dem Wort socialist nicht „national" fehle. Als sie dieses verneinte, wurde sie von dem Skinhead zu Boden geworfen. Unmittelbar darauf wurde sie von insgesamt vier Skinheads, alle nach Frisur und Kleidung (Lonsdale- und Pitbull-Shirts, Bomberjacken) eindeutig dieser Szene zuzuordnen, umringt und von diesen weiter bedroht. Im Hintergrund befanden sich ca. 6-8 weitere Personen der Gruppe.

Der Bundesgrenzschutz schritt aufgrund der Hilferufe von Andrea Kasperzik ein.

Die Landesvorsitzende der PDS NRW bestand darauf, dass eine Anzeige, unter anderem aufgrund von Körperverletzung, aufgenommen wurde. Der Bundesgrenzschutz stellte die Personalien der vier Haupttäter fest.

Der Übergriff zeigt einmal mehr, dass Personen, die aufgrund ihrer Kleidung, ihre Haarfarbe oder auch ihrer Hautfarbe nicht in das Weltbild der Neonazis passen, mit gewalttätigen Angriffen rechnen müssen. Solche Übergriffe dürfen nicht länger als Streitigkeiten unter Jugendlichen bagatellisiert werden.

Die PDS NRW fordert aus aktuellem Anlass erneut die konsequente Strafverfolgung all jener, die rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Straftaten begehen.

aus PDS-Pressedienst ■

Nazis überfielen Infostand

SAARBRÜCKEN. Am 15. Juni 2002 – gegen 14 Uhr – wurde ein PDS-Infostand in der Saarbrücker Bahnhofstraße von Neonazis überfallen. Dabei wurde ein PDS-Mitglied verletzt, es musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Mehrere Passanten in der Bahnhofstraße kamen den PDS-Mitgliedern zu Hilfe. Die sofort benachrichtigte Polizei konnte drei der vier Täter unmittelbar nach dem Überfall festnehmen. Die PDS wird gegen die vier Personen Anzeige wegen Körperverletzung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Störung einer genehmigten Veranstaltung) erstatten.

Der Saarbrücker PDS-Infostand fand im Rahmen des bundesweiten Aktionstages zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer statt. Die Partei hatte dazu im Saarland acht Infostände, unter anderen in Homburg, Neunkirchen und Saarlouis. ■

ZvD-Veranstaltung in Görlitz

GÖRLITZ. Am 22. September will der Anfang der 90er Jahre aus Protest gegen die „Zwangsversöhnung" gegründete „Zentralrat der vertriebenen Deutschen e.V." (ZvD) gemeinsam mit der „Landsmannschaft Schlesien/Schlesische Lausitz in Sachsen e.V." und „anderen befreundeten Vereinigungen" in der Görlitzer Stadthalle (!) eine Veranstaltung zum „Tag der Heimat" durchführen.



Zur Teilnahme aufgerufen werden mit der Veranstaltung, die unter dem Motto „Ohne Jugend keine Zukunft" stattfindet, besonders auch Jugendliche, die der „Heimat, dem Recht und der Redlichkeit verpflichtet" sind, heißt es in dem Aufruf. „Keine andere Vereinigung" sei „so lustlos mit der Jugendarbeit beschäftigt wie die offiziösen Vertriebenenverbände", heißt es dort. „Wer seine Jugend in Kriege schickt, um das geltende Völkerrecht für fremde Menschen einzufordern und dieses Völkerrecht den Vorfahren und Nachkommen des eigenen Volkes verweigert, mißbraucht seine Jugend und entwöhnt sie ihres Rechtsbewußtseins".

Heftige Kritik an der mächtigen Konkurrenz vom „Bund der Vertriebenen" (BDV) übte der Vorsitzende des „ZvD", Herbert Jeschioro aus Stuttgart, 1999 in einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme". Die Führung des BDV wolle „ihre Mitglieder zu tanzenden, Streuselkuchen essenden und traurige Lieder singenden, aber unpolitischen Opfern chauvinistischer Austreibungsverbrechen degradieren" (DS 8/1999), äußerte er dort. Jeschioro, dessen Texte vor allem in der Zeitung „Der Schlesier" („Was gibt es schlimmeres als Antifaschisten mit faschistoider Geisteshaltung?" „Der Schlesier" 24/1996) abgedruckt werden, ist bislang auch als Leserbriefschreiber in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa" aufgefallen.

Um „der biologischen Lösung" der Vertriebenenfrage entgegenzutreten, hat der „ZvD" denn auch bei seiner letzten Jahreshauptversammlung beschlossen, das die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) „beitragsfrei Mitglied beim ZvD" sein darf. Die „Landsmannschaft Ostpreußen" hatte sich von ihrem damaligen Jugendverband wegen dessen Nähe zum Neofaschismus trennen müssen. Einstimmig beschlossen wurde auf der Versammlung auch, gemeinsam mit anderen Vereinigungen ein Grundstück zu erwerben um künftig in einem eigenen Haus Seminare und Versammlungen durchführen zu können. Zum 2.Vorsitzenden des „ZvD" wurde Wolfgang Maikranz gewählt, Ende der 90er Jahre noch stellvertretender Vorsitzender der revanchistischen Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland – Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählervereinigung". Pikanterweise können die Eintrittskarten für die Veranstaltung in der Görlitzer Stadthalle bei einer Frau Dr. E. Rau, zugleich Mitglied des „ZvD"-Vorstandes, über die Geschäftsstelle des „Bund der Vertriebenen" in Löbau, in der Nähe von Görlitz, bestellt werden. *hma* ■

Erbbaupachtvertrag für Zittauer Neo-Nazi-Verein

ZITTAU. Am Donnerstag, den 20.06.02 stimmte der Zittauer Stadtrat, genauer gesagt die Fraktionen der CDU und der Freien Wähler, für einen Antrag der Zittauer CDU-Stadtratsfraktion über ein 12-jähriges Erbbaupachtverhältnis mit dem Neo-Nazi-Verein Nationaler Jugendblock e.V. (NJB). Die drei Anwesenden Neo-Nazis des NJB, darunter auch der NJB-Mitbegründer Robert Pech, durften sich nach der Entscheidung freuen. ■

Neonazi-Übergriffe beim Blumenfest – Platzverweise an Nazigegner

BERLIN. Um der massiven Präsenz von Neonaziparteien und deren Anhängern auf dem alljährlichen „Blumenfest" zwischen dem 21. und 23. Juni in Berlin-Weißensee entgegenzuwirken, beteiligte sich das nordberliner „Antifaschistische Aktionsbündnis III" [A3] in diesem Jahr an einem breiten Bündnis antirassistischer und antifaschistischer Gruppen. Auch die Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks und Teile des Bezirksamtes unterstützten Aktivitäten gegen die Präsenz von Neonaziparteien auf dem „Blumenfest".

In den vergangenen Jahren initiierten insbesondere NPD und Republikaner auf dem „Blumenfest" massive Propagandaschlachten; an den Abenden entwickelte sich das Volksfest zunehmend zu einer Gegend, in der sich Nichtdeutsche und Nichtrechte aufgrund befürchteter Neonaziübergriffe nicht bewegen konnten. Neonazis und rechte Hooligans starteten

Verfolgungsjagden gegen all jene, die nicht in ihr Weltbild passten.

So kam auch in diesem Jahr zu gezielten Angriffen seitens der Rechtsextremisten und rechter Hooligans auf Festbesucher. Als sich gegen 19 Uhr Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines auf dem Blumenfest durchgeführten antifaschistischen Picknicks auf den Heimweg machten, wurden sie von etwa 50 Neonazis und Hooligans verfolgt und später angegriffen. Bei diesem Angriff gab es mehrere Verletzte. Trotz den klaren Täter-Opfer-Rollen erteilte die massiv präsente Polizei später Platzverweise für Personen, die sie dem „linken Spektrum" zurechnete. Diese Platzverweise betrafen das gesamte Festgelände.

Von wem diese Naziübergriffe vorbereitet und durchgeführt werden, ist offensichtlich. So wurde der Stand der NPD in diesem Jahr nicht nur von Parteikadern sondern ebenso von Mitgliedern aus dem gewaltbereiten und terroristischen Spektum sogenannter „Freier Kameradschaften" betrieben und „beschützt". Diese Personen sind für Angriffe auf Nichtdeutsche oder – unter der Bezeichnung „Anti-Antifa" – auf politische Gegner berüchtigt. Die Zusammenarbeit zwischen NPD und „Kameradschaften" ist äußerst vielseitig. Sei es die gemeinsame Organisation von Aufmärschen oder eben – wie auf dem „Blumenfest" praktiziert – das Betreiben von Ständen und die gemeinsame Durchführung von Übergriffen.

Um gegen die Provokation und Angriffe der Neofaschisten zu protestieren und Alternativen aufzuzeigen, präsentierten sich auf dem Fest mehrere antirassistische und antifaschistische Projekte mit Ständen – darunter auch das [A3]. Zudem wurde eine Infowand erstellt, die sich direkt neben dem NPD-Stand befand und über die Aktivitäten der Partei informierte und Zivilcourage einforderte. An einem antifaschistischen Picknick, das in unmittelbarer Nähe zum NPD-Stand durchgeführt wurde, beteiligten sich mehr als 100 Menschen.

Das [A3] fordert von den Festveranstaltern, sich dem Problem nicht wie bisher zu verschließen und Rechtsextremisten gegenüber klare Worte zu finden, dass sie auf dem Fest nicht gewünscht sind. Zudem verurteilen wir die Einsatztaktik der Berliner Polizei, die erneut bewiesen hat, wen sie für die Verursacher sogenannter „Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen" hält: Couragierte Neonazigegner.

B.S. Antifaschistisches Aktionsbündnis III (A3) ■

Auftaktaktion zum 5. antirassistischen Grenzcamp in Jena

JENA. Am 17. Juni fand eine erste symbolische Aktion zur Einstimmung auf das 5. antirassistische Grenzcamp in Jena statt. Künftige CampteilnehmerInnen besuchten den Wegweiser zur „zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für AsylbewerberInnen" (ZAST) auf dem Jenaer Forst, um die Aufschrift „Bundesamt" mit den Worten „für Entrechtung und Ausgrenzung" zu ergänzen und einen Wegweiser in Gegenrichtung mit der Aufschrift „antirassistisches Grenzcamp" anzubringen. Diese Umgestaltung soll Fragen aufwerfen, Interesse wecken und das bevorstehende Camp in die Öffentlichkeit tragen.

Vom 12.-19.7.02 wird in Jena das 5. antirassistische Grenzcamp stattfinden. Das Camp selbst versteht sich als Diskussions- und Aktionsforum um theoretisch wie praktisch rassistische Verhältnisse anzugreifen. Konfrontative Aktionen, Diskussionen über Perspektiven antirassistischer und linksradikaler Politik, Auseinandersetzungen um verschiedene Lebensrealitäten, ihr Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und schließlich die gemeinsame Organisierung des Camp-Alltags stehen auf dem Programm.

Auch wenn es in Jena keine Landesgrenze gibt, lassen sich Grenzen hier lebender und v.a. hier leben wollender Menschen aufzeigen. Die Stadt Jena bietet einige Bezugspunkte die im Interesse unserer Politik stehen. Ein Beispiel ist die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für AsylbewerberInnen (ZAST). Erwartet werden bis zu 1000 CampteilnehmerInnen aus verschieden antirassistischen Gruppen und Initiativen sowie Menschen aus unterschiedlichen Spektren. Außerdem hoffen wir, dieses Jahr besonders viele Flüchtlinge auf dem Camp begrüßen zu können, da ein zentraler Schwerpunkt ihres Interesses auf den rassistischen Lebensverhältnissen von AsylbewerberInnen in der BRD liegt.

Öffentliche Aktionen und Veranstaltungen werden sich teilweise als konfrontativ, unbequem und provozierend erweisen. Bereits im fünften Jahr findet diesen Sommer das antirassistische Grenzcamp statt. Das Camp wurde ursprünglich im Rahmen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" gegründet und hat sich inzwischen als fester Diskussionsrahmen der linken antirassistischen Bewegungen der BRD etabliert. Nachdem in den vergangenen Jahren mit den Camp-Orten Rothenburg (bei Görlitz), Zittau, Forst die europäische Außengrenze in den Blick antirassistischer Diskussionen und Aktionen genommen wurde, war 2001 Frankfurt am Main Austragungsort dieses Events zwischen linker Politik und Kultur, antirassistischer Provokation und Überzeugung, lokaler Innovation und Ferienkommunismus.

Das Jenaer Camp steht in Ergänzung zu europaweiten Ansätzen. So finden dieses Jahr neben Jena antirassistische Camps in Straßbourg, Hamburg, Cottbus, Finnland, Polen und Australien statt.

Karl Kemper ■

Pressegruppe Grenzcamp
c/o Schillergässchen 5, 07745 Jena
Fon: 0171-7890653
Fax: 03641-449304
presse-camp02@gmx.net

REPs, Antisemitismus ...

FRANKFURT. Die Republikaner hatten auf die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag („Frieden für Palästina") setzen lassen, der u.a. dazu aufforderte, „alle laufenden Zahlungen in Richtung Israel einzufrieren" und „keine Teilnehmer mehr an offiziellen Delegationen für Israelreisen zu stellen", bis „das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes geachtet wird". Außerdem forderten die REPs eine „Informationsveranstaltung über die Situation der Palästinenser", mit J. W. Möllemann als „Gastredner". Nur weil die Stadtverordnete Ditfurth, ÖkolinX-ARL, sich mit dem Antrag befasste und den antisemitischen Gehalt herausarbeitete, sahen sich auch Vertreter anderer Parteien veranlasst, Stellung zu beziehen. Der Presse war der Vorgang fast keine Notiz wert. Die Debatte ist in Kürze unter *www.stvv.frankfurt.de/parlis2000* nachzulesen.

ola ■

Kommunen und Zwangsarbeit

FRANKFURT. Beim Deutschen Institut für Urbanistik ist in der Reihe „Informationen zur modernen Stadtgeschichte" (IMS) ein Themenheft erschienen, das sich mit der Bedeutung der Zwangsarbeit für die Kommunen befasst. Es werden Fragen behandelt wie: Welchen Anteil hatten Kommunen an dem System der Zwangsarbeit? In welchen städtischen Betrieben wurden Zwangsarbeiter eingesetzt? Welche Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung, welche Wechselwirkungen lassen sich in der städtischen Gesellschaft feststellen? Abgesehen von den unmittelbaren politischen und langfristigen wissenschaftlichen Fragen sind städtische Kultureinrichtungen derzeit intensiv mit dem Thema befasst. Für ehemalige Zwangsarbeiter sind Bescheinigungen auszustellen, eine Reihe von Städten führt Einladungsprrogramme durch, es werden Konzepte für die historische Aufarbeitung in Form von Publikationen, Ausstellungen und Veranstaltungen entwickelt. Das Heft bietet einen Überblick und gibt mit Projektberichten aus einzelnen Städten und einem Nachweis zentraler Arbeitshilfen eine konkrete Hilfestellung zu diesem Thema.

Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Heft 2/2001, 10 Euro, ISSN 0340-1774 ■

Kundgebung gegen den Verkauf des „Elmsteiner Hofs“ an die NPD

Gut 200 Bürgerinnen und Bürger, darunter zahlreiche Kommunalpolitiker aus der Verbandsgemeinde Lambrecht, sind am Samstag der Einladung der Freireligiösen Gemeinde Iggelbach gefolgt, gegen den Verkauf der früheren Landgaststätte „Elmsteiner Hof“ an die NPD zu demonstrieren. Die 40-minütige Kundgebung unter dem Motto „Wir wollen keine Nazis in Elmstein und nicht anderswo“ verlief jederzeit ruhig und friedlich.

Bernd Elsner, Gemeindevorsteher der Freireligiösen in Iggelbach, wandte sich am Ausgangspunkt der Kundgebung, dem Wanderparkplatz „Alte Schmelz“, per Megafon an die Teilnehmer. Seine Erinnerung an Intellektuelle, die vom NS-Regime in den Jahren zwischen 1933 und 1945 verfolgt worden waren, aber auch Beispiele mit lokalem Bezug wie die Verhaftung von Iggelbacher Sozialdemokraten und Freireligiösen, ließ er in einem Zitat von Käthe Kollwitz gipfeln: „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“.

Mit der Beteiligung an der unter seiner Federführung organisierten Veranstaltung zeigte er sich zufrieden: Jeder Teilnehmer habe sich „der ererbten Freiheit würdig“ erwiesen. Alleine „angezettelt“ habe er die Kundgebung nicht: „Mitglieder der Freireligiösen Gemeinde und auch Elmsteiner Ortsgemeinderäte haben mich gefragt, was wir dagegen tun können. Ich war also lediglich ein Werkzeug, aber ehrlich gesagt, ein williges Werkzeug.“ Mit „dagegen“ nahm er auf die Pläne der NPD Bezug, den „Elmsteiner Hof“ als Versammlungszentrum zu erwerben (wir berichteten).

Auch dem zweiten Redner, einem jungen Mitglied der mit rund 20 Personen vertretenen Antifa Neustadt, das aus Angst vor Repressalien nicht namentlich genannt werden möchte, spendete die sonst sehr ruhige Teilnehmerschar höflichen Beifall. Schon Wahlerfolge der NPD in den siebziger Jahren hätten Anlass zur Sorge gegeben, dass die nationalsozialistische Schreckensherrschaft wiederkehre. Und alleine in diesem Jahr seien ihm Übergriffe „rechter“ Aktivisten auf Veranstaltungen der „Linken“ in Erpolzheim und Kandel bekannt geworden. „Es ist keine Zeit mehr zum Reden, es muss gehandelt werden“, so sein Aufruf.

Dann setzte sich der Demonstrationszug diszipliniert in Bewegung Richtung „Elmsteiner Hof“, der wenige 100 Meter entfernt von der „Alten Schmelz“ am Elmsteiner Ortseingang liegt. Allenfalls die Auflage des Ordnungsamtes, das die Kundgebung genehmigt hatte, nur die linke Fahrspur der L 499 zu benutzen, wurde mitunter missachtet. Neben dem Motto der Veranstaltung, „Wir wollen



keine Nazis in Elmstein und nicht anderswo“, trugen Tafeln und Transparente Aufschriften wie „Wir reagieren früher als 1933“, „Raus mit dem braunen Mob“ oder „Keine Handbreit Boden für die alten und neuen Nazis“.

Vor der Einfahrt zum „Elmsteiner Hof“ standen zwei der rund zehn Einsatzwagen, mit denen die Polizei vor Ort war. Einen Anlass, einzugreifen, habe es allerdings zu keinem Zeitpunkt gegeben: „Wir haben den Schutz einer angemeldeten Veranstaltung gewährleistet, die einen sehr friedlichen Verlauf genommen hat. Der Versammlungsleiter hatte die Leute gut im Griff“, fasste Thomas Molzberger, der als stellvertretender Leiter der Polizeiinspektion Neustadt vom Elmsteiner Feuerwehrhaus aus den Einsatz leitete, zusammen. *pse* ■

Infotelefon Garfield, Quelle: RON – RHEINPFALZ ONLINE 24.6.02

Kölner gegen „Signal“-Pressefest



400 bis 500 Personen demonstrierten am 29. Juni gegen das rechtsextreme „Signal-Pressefest“ von Manfred Rouhs. In der Kölner Innenstadt wurde das „Fest“ untersagt. So mussten die 80 Nazis sich am Rande eines Ackers in Köln-Widdersdorf versammeln, ohne Zelt und Stühle, nur 6 Toilettenhäuschen wurden ihnen zugestanden. Nur eine rechte Musikband erschien und weigerte sich aufzutreten. Rouhs musste daraufhin die Veranstaltung abbrechen.
Nachdem tags zuvor der Ort bekannt wurde, unterrichtete das Bündnis „Köln stellt sich quer“ die Bevölkerung von Widdersdorf. Die Evangelische Kirche, der Sportverein und ein Gesangsverein beteiligten sich am Protest. jöd, Fotos: Neumann/version

Französische Parlamentswahlen :

Die Ergebnisse der extremen Rechten

Die extreme Rechte war am Ende nur in 37 von 577 Wahlkreisen in der Stichwahl präsent – wir hatten es bereits in der vorigen Ausgabe der AN kurz vermeldet. Damit konnte sie die etablierten Parteien dieses Mal nicht behindern.

Die Trumpfkarte der Neofaschisten hatte in den vorangegangenen zehn Jahren darin bestanden, das Spiel der etablierten Parteien dadurch zu behindern, dass sie ihre Kandidaten systematisch in der Stichwahl aufrecht erhielt, sofern andere (beispielsweise konservative) Parteien sich nicht mit ihr verbinden mochten. Und dies auch dort, wo ihre Kandidaten völlig aussichtslos waren und mit Mühe und Not die 12,5-Prozent-Hürde im ersten Durchgang genommen hatten. Der Front National hatte diese Taktik erstmals im Frühjahr 1992 in den damals frisch gewählten Regionalparlamenten praktiziert, anlässlich der Wahl der Regionalpräsidenten durch die Abgeordneten. Einige Monate später hatte die rechtsextreme Partei begonnen, diese Taktik auch auf Parlamentswahlen auszudehnen; die konservative Tageszeitung „Le Figaro" taufte sie im Dezember 1992 „die Politik der verbrannten Erde".

Der MNR vor dem Aus?

Der MNR war nirgendwo im zweiten Wahlgang vertreten. Sein Chef Bruno Mégret scheiterte allerdings im Wahlkreis Vitrolles/Marignane, dessen beide Städte durch rechtsextreme Bürgermeister (Catherine Mégret und Daniel Simonpieri) regiert werden, nur knapp. Er erhielt im ersten Wahlgang (am 9. Juni) 18,58 Prozent, wobei ihm ein FN-Kandidat – der ausschließlich platziert worden war, um ihn zu behindern – namens Claude Bourge weitere 13,25 Prozent wegschnappte. Aufgrund der Regel, wonach ein Kandidat zum Einzug in die Stichwahl von mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt werden muss, konnte Mégret damit nicht in die Stichwahl gehen. Denn sein 18-Prozent-Ergebnis im ersten Wahlgang lag unterhalb der 12,5 Prozent-Schwelle in Bezug auf die eingeschriebenen Wahlberechtigten – eine hohe Wahlenthaltung (über 37 Prozent im ersten, über 43 Prozent im weiten Durchgang) machte es möglich. Andernfalls hätte Mégret in der Stichwahl durchaus Gewinnchancen haben können. Mit knapp 32 Prozent war die extreme Rechte insgesamt nicht so weit abgeschlagen.

Bruno Mégret fehlte vor allem auch die Unterstützung des Bürgermeisters von Marignane, Daniel Simonpieri, der zu den MNR-Gründungsmitgliedern zählt. Im Frühjahr 2001 hatte Mégret (nach den Kommunalwahlen, die dem MNR hohe Ergebnisse in Vitrolles und vor allem Marignane brachten) signalisiert, dass er in diesem vermeintlich „sicheren" Wahlkreis zur Parlamentswahl zu kandidieren trachte. Daraufhin wandte ihm Simonpieri, der sich selbst Hoffnungen auf den Wahlkreis gemacht hatte, den Rücken. Rund um die Präsidentschaftswahl dieses Frühjahrs hatte Simonpieri nunmehr den Feind von gestern, Jean-Marie Le Pen, unterstützt. Zum zweiten Wahlgang der Parlamentswahl unterstützte Simonpieri allerdings (anders als der FN) die bürgerlich-konservative Rechte, deren Kandidat in Marignane/Vitrolles – Eric Diard – gegen den sozialistischen Bewerber Vincent Burroni gewann.

Überall anderswo scheiterten die MNR-Kandidaten weit deutlicher. Anscheinend kam ihre Propaganda vielerorts eher dem FN zugute, auch dort, wo dessen Kandidaten weniger prominent waren als alteingesessene Kader des FN. Denn oft, so lautet die Beschwerde der MNR-Aktivisten, identifizieren die Wähler die gesamte extreme Rechte allein mit dem FN.

Die Zukunft der Mégret-Partei dürfte nunmehr gefährdet sein. Glaubt man der Rechtsextremismus-Expertin der Pariser Abendzeitung Le Monde, Christiane Chambeau (14. Juni 02), dann verfallen mittlerweile viele Kader in Frustration ob der absteigenden Kurve, die ihre Partei genommen hat. Einige ziehen sich ins Privatleben zurück oder sind versucht, aus opportunistischen Motiven heraus zu den bürgerlich-konservativen Parteien überzulaufen. Die größte Gefahr bestünde aus einer „Wiedervereinigung" zwischen einem Teil des MNR-Kaderpotenzials und dem „historischen" FN. Diese verhindern jedoch derzeit die Sturheit des Altpräsidenten Jean-Marie Le Pen, der „den Verrätern oder jedenfalls ihren Anführern" um keinen Preis vergeben möchte, aber auch die Verbitterung vieler dissidenter MNR-Kader gegenüber ihren bisherigen Führern – sei es Le Pen oder Mégret.

Der harte Kern der Mégret-Partei will derzeit noch an eine Zukunft glauben. Anlässlich einer Tagung der Bezirkssekretäre und Führungsmitglieder am 23. Juni beschloss der MNR, den Laden nicht dicht zu machen, aber sich Zeit für ein „Nachdenken" zu nehmen. Im Oktober 02 soll dann ein Kongress der „Neugründung" erfolgen. Allerdings droht dem MNR derzeit neues Ungemach: Die Regierung forderte vor dem Conseil d'Etat, dem obersten Verwaltungsgericht die Annullierung der Kommunalwahl von 2001 in Vitrolles, der letzten Bastion des MNR, denn dessen Wahlpropaganda hatte gegen die gesetzlichen Regeln verstoßen. Zudem hat seit zwei Monaten der Finanzgerichtshof die Kommunalverwaltung von Vitrolles im Visier, weil der MNR seinen verbliebenen Parteiapparat fleißig aus den Kommunalfinanzen genährt hatte. Würde in Vitrolles neu gewählt, dann droht dem MNR ernsthaft der Verlust seiner letzten Zitadelle.

Der FN: Enttäuschung für Bompard, Zukunftschancen für Le Pen-Tochter

Seitens des FN wurden zuletzt einige Hoffnungen auf den Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, gesetzt.

Noch ein Nachtrag: Im zweiten Teil des Beitrags „Wer wählt Le Pen ?"

fehlten in der Druckfassung zwei Sätze, die zum Verständnis des Abschnitts „Mittelschichten und Le Pen-Wähler" notwendig gewesen wären. Es handelt sich um die beiden Schlusssätze in dem Absatz, der komplett folgendermaßen lautet: „Die Schwierigkeiten bei der genaueren Bestimmung dieser Wählerschaft können auch darauf zurückzuführen sein, dass man in diesen sozialen Schichten die Meinungsbefrager noch stärker belügt als in anderen Teilen der Gesellschaft. Dieser „Sport" ist unter den Le Pen-Wählern ohnehin verbreitet (alle Umfragewerte für Le Pen werden durch die Umfrageinstitute um bis zu 200 Prozent nach oben korrigiert), nicht nur aus „Schameffekt". Sondern auch aus grundsätzlichem Misstrauen und weil gerade dieses Publikum davon überzeugt ist, dass Journalisten und Politiker genauso wie Meinungsforscher ohnehin „alle lügen".

Hinzu kommt eine gewisse Zurückhaltung, die etwa aus der Furcht resultieren könnte, Kunden oder gar seine gesellschaftliche Reputation zu verlieren. Dieser Faktor wird sicherlich stärker auf Kleinbürger und Mittelständler zutreffen denn auf Leute, die in materieller Hinsicht ohnehin nicht mehr viel zu verlieren haben."

Doch dieser scheiterte (mit 42,4 Prozent) gegenüber dem konservativen Rechtsaußen Thierry Mariani. Ein Teil der rechtsextremen Presse hatte übrigens glatt Mariani unterstützt, der wegen seiner Positionen etwa zu Law & Order seit längerem durch die (ansonsten eher FN-nahe) Wochenzeitung Minute geschätzt wird. Das Rathaus von Orange hat jetzt mit großem Krach verkündet, das Minute-Abonnement der Stadt werde gekündigt.

Einige der jungen Hoffnungen des FN erhielten unterdessen im nordfranzösischen früheren Kohlerevier Pas-de-Calais beachtliche Ergebnisse, darunter die jüngste Tochter des FN-Chefs, die Spekulationen zufolge ihren Vater im Jahr 2004 ablösen könnte. Die Anwältin Marine Le Pen erhielt in Lens 24,2 Prozent im ersten und 32,3 Prozent im zweiten Wahlgang. Drei andere junge FN-Kader taten es ihr in der Region gleich.

Das Gros der rechtsextremen Wähler scheint unterdessen nicht zu besseren Ansichten bekehrt zu sein. Die Baisse des FN zwischen der Präsidentschafts- und der Parlamentswahl erklärt sich vor allem daraus, dass mindestens 20 Prozent der FN-Wähler dieses Mal nicht an die Urne gingen. Ein Grund dafür ist, dass der FN vielerorts unbekannte und unerfahrene örtliche Kandidaten präsentierte – eine Folge der Spaltung von 1999, als Le Pen die Wähler behielt und Mégret die erfahrenen Kader mitnahm.



Weitere circa 15 Prozent der rechtsextremen Wähler bei der Präsidentschaftswahl stimmten dieses Mal für das „kleinere Übel“ in Gestalt der Konservativen. Diese hatten die Le Pen-Wähler gezielt durch Ankündigungen auf den Themengebieten Innere Sicherheit (Gummigeschosse), Einwanderung (Sevilla-Gipfel) und Steuersenkungen umworben.

Noch eine Besonderheit gilt es zu vermelden : Im zweiten Wahlkreis des Elsass, Strasbourg-Süd, existierte das einzige faktische Wahlbündnis innerhalb der extremen Rechten. Dort trat Robert Spieler an, der Kopf der regionalistischen Variante der extremen Rechten: In den 80er Jahren war er zunächst Regionalparlamentarier des FN, später spaltete er sich mit seiner Gruppierung Alsace d'abord (Das Elsass zuerst – eine Abwandlung der FN-Parole „Les français d'abord“) ab. Deren Name lautet inzwischen MRA, Mouvement régionaliste alsacien (Elsässische regionalistische Bewegung). Zur diesjährigen Parlamentswahl hatte Robert Spieler die Unterstützung sowohl des FN als auch des MNR. Freilich schnitt er mit 12,8 Prozent nicht überdurchschnittlich ab.

Bernhard Schmid, Paris ■

Aus der Poltischen Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Migrationspolitik

Zuwanderung steuern – Integration fördern

Die Fragen um Zuwanderung und Integration sind für unser Land von grundsätzlicher Bedeutung. Es geht um die Schaffung verlässlicher Grundlagen für ein dauerhaftes Zusammenleben in kultureller Vielfalt. In Deutschland leben etwa 7,3 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie gut zwei Millionen Spätaussiedlerinnen und -aussiedler, die seit 1990 gekommen sind. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der von Einheimischen wie von Zuwanderern ein hohes Maß an Offenheit, gegenseitigem Respekt und Toleranz erfordert. Die Integration von Menschen anderer Kulturen, ethnischer Herkunft und Religion kann nur gelingen in einem klaren, nicht zur Diskussion stehenden Rahmen von Werten und Normen. Das setzt auch die Bereitschaft voraus, die deutsche Sprache zu erlernen und sich auf die deutsche Kultur und Geschichte einzulassen.

Eine Gesellschaft, in die jährlich Hunderttausende zuwandern, muss Zuwanderung gestalten und entsprechende Rahmenbedingungen für die Integration schaffen: Auf der rechtlichen Ebene, im gesellschaftlichen Leben wie auch in den Kommunen. Politik muss in Fragen von Zuwanderung und Integration mit Klugheit und Augenmaß nach Lösungsmöglichkeiten für unvermeidbare Interessenkonflikte suchen. Sie muss alles vermeiden, was durch verkürzende Darstellungen oder suggestive Wertungen von Fakten Stimmungen begünstigt, die der Integration der Menschen ausländischer Herkunft schaden. Dazu gehört auch, im Bemühen um Qualifizierung und Eingliederung der Arbeitslosen in unseren Arbeitsmarkt nicht nachzulassen.

Fälschlicherweise wird die Problematik der illegal in Deutschland lebenden Ausländer oft als bloßes Randproblem der Zuwanderungsdebatte angesehen. Dabei gibt es nach Schätzungen mehrere Hunderttausend Menschen, die ohne gültige Papiere in Deutschland leben. Die Ursachen illegaler Zuwanderung liegen in politischen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen sowie im extremen wirtschaftlichen Gefälle zwischen reichen und armen Ländern und der geographischen Lage Deutschlands. Hinzu kommt die Nachfrage nach Billig-Lohn-Arbeitskräften, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht befriedigt werden kann. Illegale Zuwanderung betrifft auch andere Länder in vergleichbarer Situation.

Wenn auch ohne Aufenthaltsrecht oder Duldung, müssen Menschen, die in der Illegalität leben, die ihnen zur Sicherung eines sozialen Mindeststandards zustehenden Rechte wahrnehmen können. Das betrifft insbesondere den Schulbesuch der Kinder, den Zugang zu medizinischer Versorgung und die Durchsetzung von Lohnansprüchen. Die Deutsche Bischofskonferenz hat in großer Klarheit auf die „faktische Rechtlosigkeit“ dieser Menschen auf fast allen Gebieten des täglichen Lebens aufmerksam gemacht. Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung der deutschen Bischöfe nach politischen Initiativen, um menschenwürdige Verhältnisse für diesen Personenkreis zu garantieren.

27. Juni 2002

Europa – Fluchtburg statt Festung!

BERLIN. Im Zentrum der Beratungen von Sevilla stand die so genannte illegale Einwanderung. Der EU-Gipfel hat hierzu keine weitreichenden Beschlüsse gefasst. Die Bedeutung des Treffens liegt eher darin, dass das Klima gegenüber „Sans papiers" erneut rauer wird.

Auf europäischer Ebene wird illegale Einwanderung nur noch unter Abwehrgesichtspunkten debattiert. Deshalb sah sich etwa amnesty international vor dem Gipfel von Sevilla auch veranlasst, ausdrücklich vor der Gefahr eines Abbaus von Menschenrechten insbesondere für Flüchtlinge zu warnen. Ich frage mich: Was tut der Europäische Rat und was tut die Bundesregierung zum Abbau von Fluchtursachen? Wann wird endlich darüber diskutiert, warum die Menschen kommen (müssen)?

Auf einer Expertentagung des UNHCR in Berlin wurde deutlich, dass die absolute Zahl der Einwanderinnen und Einwanderer in den vergangenen Jahren nicht gestiegen ist. Durch die verschärften Visa- und anderen Bestimmungen wurden aber immer mehr von ihnen in die Illegalität abgedrängt. Nicht ein höherer „Migrationsdruck" ist für die Zahl der „Illegalen" verantwortlich, sondern umgekehrt das verschärfte Ausländerrecht in den EU-Staaten!

Trotzdem sorgt gerade Deutschland dafür, dass sowohl auf nationaler Ebene (Stichwort: Zuwanderungsgesetz) als auch auf europäischer Ebene (Stichwort: Richtlinien) die Einwanderungsvorschriften immer restriktiver gefasst werden. Besonders beschämend: Die schreckliche Diskussion um den Kindernachzug. Wenn das Recht von Eltern und Kindern auf ein Zusammenleben als Familie drastisch beschnitten wird, hat das mit der Idee von Europa als „Raum des Rechts" nichts mehr zu tun.

Das ursprüngliche Konzept, Entwicklungshilfe mit „Wohlverhalten" bei der Rückübernahme von Flüchtlingen zu verbinden, ist aufgeweicht worden: Nun sollen nur noch solche Staaten mit Entzug von Entwicklungshilfe bestraft werden, die besonders „renitent" sind. Dafür bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Rates. Aber: Was hat Entwicklungshilfe eigentlich mit „Wohlverhalten" bei der Rückübernahme zu tun? Und: Welche Kriterien gibt es dafür? Wann ist ein Staat nach Auffassung der Bundesregierung bei der Rückübernahme von Flüchtlingen so „renitent", dass ihm die Entwicklungshilfe gestrichen werden muss?

Interessant ist, dass gerade sozialdemokratische Regierungen (Deutschland und Großbritannien an der Spitze) die Entwicklungshilfe drastisch beschneiden wollten. Willy Brandt würde sich im Grabe umdrehen. Und Heidemarie Wieczorek-Zeul sollte sich fragen, welchen Stellenwert ihre Aussagen, Entwicklungshilfe müsse Fluchtursachen bekämpfen, eigentlich haben, wenn Schröder und Schily genau das Gegenteil betreiben.

In Sevilla wurde auch über die Einrichtung einer europäischen Grenzpolizei diskutiert. Formelle Beschlüsse sind allerdings noch nicht gefasst worden. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass bisher Tausende von Menschen an den Außengrenzen gestorben sind – durch Ertrinken, Erfrieren etc.

Otto Schily versucht mit diesem Konzept, die Existenz des Bundesgrenzschutzes zu retten, der sonst arbeitslos würde. Folge wäre aber: Wir bauen neue Mauern um Europa. Wichtiger ist doch die Frage: Wie verhindern wir, dass Jahr für Jahr Menschen an den Außengrenzen der EU sterben?

Ruud Lubbers, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hat Recht, wenn er anlässlich des Weltflüchtlingstages mahnt: Europa muss Fluchtburg werden, Verfolgten und Menschen in Not Schutz bieten. Europa darf nicht Festung zur Abwehr von Flüchtlingen sein.

Ulla Jelpke ■

Abschiebung tschetschenischer Flüchtlinge sofort stoppen

BERLIN. Erneut ist ein Tschetschene von München in die Russische Föderation abgeschoben worden. Sein Verbleib nach Ankunft des Flugzeugs in Moskau ist seitdem ungewiss, obwohl die Menschenrechtsorganisation „Memorial" ein Mitglied zum Flughafen geschickt hatte, um ihn abzuholen.

Damit hat sich erneut bestätigt, dass die vom Auswärtigen Amt und den einzelnen Bundesländern behauptete „inländische Fluchtalternative" für Tschetschenen im Raum Moskau nicht besteht.

Schon am 4. Juni war ein aus München nach Moskau abgeschobener Tschetschene verschwunden, obwohl auch in diesem Fall ein Treffen mit „Memorial" am Flughafen vereinbart worden war.

Nichtregierungsorganisationen wie amnesty international haben darauf hingewiesen, dass Tschetschenen auch außerhalb ihres Herkunftslands in anderen Teilen der Russischen Föderation polizeilicher Willkür, Folter und Misshandlungen ausgesetzt sind. Dazu gehört auch, dass ihnen von den russischen Behörden eine Registrierung bzw. ein Status als Binnenflüchtling verweigert wird. Als illegale Migranten bekommen sie



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

keine Arbeit, keine Wohnung und keinen Zugang zur medizinischen Versorgung. Um einen Pass bzw. eine Registrierung zu bekommen, sind sie gezwungen nach Tschetschenien zurückzukehren, in ein Land, in dem willkürliche Verhaftungen, „Verschwindenlassen", Vergewaltigungen und Misshandlungen von Zivilisten an der Tagesordnung sind. Es sind mehrere Fälle von zur Passbeschaffung zurückkehrenden Tschetschenen bekannt, die zu Tode gefoltert wurden. Eine Abschiebung von Tschetschenen auch in andere Teile der Russischen Föderation kommt damit einer Kettenabschiebung gleich!

Der menschenrechtspolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, Carsten Hübner fordert die Innenminister der Länder und des Bundes auf, einen sofortigen Abschiebestopp für aus Tschetschenien geflüchtete Frauen und Männer zu erlassen. Es ist nicht hinnehmbar, wenn sich deutsche Behörden für massive Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen mitschuldig machen.

Büro Carsten Hübner, MdB ■

Seit dem 27. April 2002 protestieren rund 500 Roma-Familien in verschiedenen Städten Deutschlands gegen ihre drohende Abschiebung nach Serbien und Montenegro wie auch in andere Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Sie setzen nun ihre Demonstrationen in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens fort, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Roma vor Abschiebung schützen

Nach ihren Angaben, die durch Berichte von Menschenrechtsorganisationen und Stellen der Vereinten Nationen – einschließlich des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge – gestützt werden, würde eine Rückkehr nach Ex-Jugoslawien für die Roma katastrophale Folgen haben, da sie dort mit menschenunwürdigen Zuständen aufgrund langjähriger gesellschaftlicher Ausgrenzung und mit direkten Gefahren für Leib und Leben rechnen müssten.

Die Bundestagsabgeordneten der PDS aus Nordrhein-Westfalen Ulla Jelpke und Ulla Lötzer appellieren an den nordrhein-westfälischen Innenminister Fritz Behrens: „Weisen Sie die Ausländerbehörden an, Roma nicht in die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens abzuschieben! Sorgen Sie dafür, dass die Menschen einen sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland erhalten!“

Gefordert ist aber auch die SPD-Grüne Koalition im Bundestag. Sie hat es in der Hand, etwa durch eine großzügige Altfallregelung im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes den Roma einen sicheren Aufenthaltsstatus zu verschaffen.

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Artikel aus den Lokalberichten Köln, der zeigt, wie die Roma-Karawane vor Ort in Köln (unfreundlich) und Düsseldorf (freundlicher) von den kommunalen Behörden behandelt wurde. *jöd* ■

Düsseldorfer Nachbarn beschämten ungastliches Köln

KÖLN. Wehe den Minderheiten in dieser als weltoffen verrufenen Stadt! Die ver-„sterckten“ Biedermänner haben es den Roma in Köln wieder einmal gezeigt.

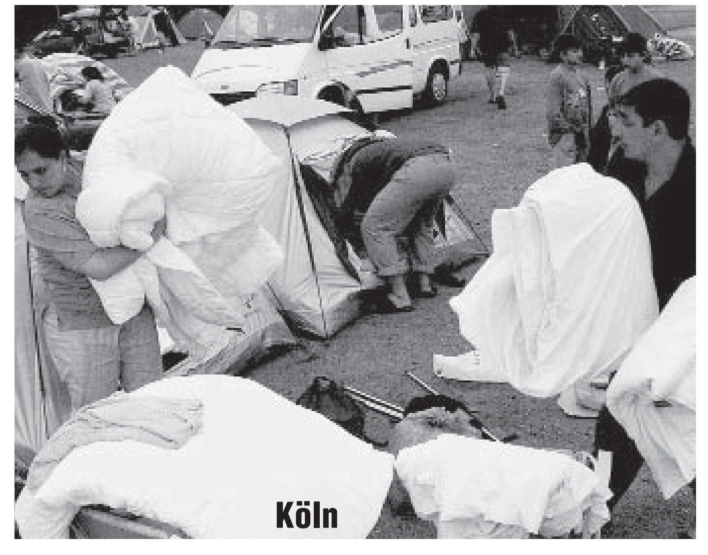
Zur Wochenmitte traf aus Wuppertal die Roma-Karawane ein, um die Menschenrechte ihrer Völkergruppe einzufordern, nachdem zuvor die Innenministerkonferenz ihre Abschiebung, amtsdeutsch „Rückführung“, noch für dieses Jahr vorsieht und einmütig beschlossen hat. Die Stadt Köln zeigte sich unter ihrer „Gestaltungsmehrheit“ von CDU und FDP ausgesprochen „gastfreundlich“. In ihren Amts- und Parteistuben herrschte untatfreudige Hektik, ja geradezu chaotischer Aktionismus. Über 30 (!) verschiedene „Stellen“ biederten sich wohl oder übel meinend den Roma an. Jede „Stelle“ fühlte sich irgendwie zuständig, ein kurzes „Ja“ oder „Nein“ zu sagen. So kam denn auch, was kommen musste. Hinter dem Kompetenz- und Obstruktionswirrwarr lag schließlich System: nichts war für die rund 700 Roma vorbereitet worden als zwei Stadionparkplätze freizugeben. Und das bei 37° Hitze in der Stadt. Sie mussten in der Finsternis auf kochendheißem Asphaltboden campieren. Ihre Schlaflager aus Matratzen und Decken errichteten sie unter freiem Himmel. 78 Babys und Kleinkinder, 118 Kinder im schulpflichtigen Alter und viele Alte und Schwangere waren in der Nacht dem Gewittersturm und den sintflutartigen Regengüssen schutzlos ausgeliefert. Am nächsten Morgen überall nichts als Verwüstung, Nässe und klammige Kälte. Ihr Bettzeug war unbrauchbar geworden. Für die Körperwäsche fehlte Wasser. Die Notdurft musste auf Chemietoiletten verrichtet werden, ohne sich danach die Hände waschen zu können. Niedergeschlagenheit wohin man auch blickte. Die Kinder lagen apathisch am Boden, einige Frauen brachen kraftlos zusammen. Kein Arzt half ihnen.

Die Roma-Karawane hat auf ihrem Zug durch Deutschland – wie ihr Sprecher Dzoni Sichelschmidt glaubhaft versicherte – in Köln die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit rheinischer Gastlichkeit gemacht. Von wegen „weltoffene“, „liberale“ und „tolerante“ Stadt.

Wie anders dagegen in Düsseldorf, wo die Roma seit Donnerstag auf dem Grafenberger Staufenplatz rasten. Stadtverwaltung und Wohlfahrtsverbände, aber auch die örtliche PDS und Antifa, erwarteten dort die Ankömmlinge. Alles war schon bestens vorbereitet worden. Allerdings, von Idylle auch hier keine Spur. Direkte spontane Interventionen beim Landtagspräsidenten Schmidt und dem städtischen Ordnungsamtsleiter Tolkitt unter Hinweis auf die voraufgegangenen miserablen Kölner Zustände durch die PDS-Ratsgruppe Köln verfehlten offensichtlich nicht ihre Wirkung.

Unter hohen, schattigen Bäumen konnten die Campingzelte aufgeschlagen werden. Wer noch aus der Vornacht patschnasse Matratzen und Decken bei sich führte, hatte in zwei großen Schlafzelten des DRK auf Holzpritschen mit frischem Bettzeug eine trockene Schlafstätte. Aus sechs Wasserhähnen sprudelt genügend Frisch- und Waschwasser. Duschen wurden nicht aufgestellt. Aber man hilft sich darüber hinweg.

Aus der Nachbarschaft brachten Düsseldorfer Selbstgebackenes, Spielzeug und Süßigkeiten für die vielen Kinder ins Camp. Täglich fährt ein medizinischer Dienst mit seiner Ambulanzpraxis auf das Gelände. Die Müllabfuhr ist ebenfalls zur Stelle.


Köln


Düsseldorf

Die Stimmung im Zeltlager ist deutlich lockerer als in Köln. Während rundum Kinder spielen und lachen, bereiten die Frauen und Männer unterdessen eine Demo am Landtag vor, bei der sie sich gegen die rigiden Bremerhavener Verwaltungsabsprachen der Innenminister wenden wollen. Ob sie von dort aus weiter nach Strassburg zum Europaparlament weiterziehen müssen, stand an diesem Samstagmorgen noch nicht fest.

In Köln reiben sich derweil die ver-"sterckten" Biedermänner die Hände. Sie kennen sich, sie helfen sich. Sie sind sich nicht fremd gegen Fremde.

breu
und Fotos Düsseldorf ■



Erneute Turbulenzen auf der Lufthansa-Hauptversammlung

Abschiebegegner protestieren gegen Geschäft mit Abschiebungen

Gegen das Geschäft mit Abschiebungen protestierten AktivistInnen von „kein mensch ist illegal" auf der Aktionärsversammlung der Lufthansa AG in Köln.

Vor dem Eingang zur Kölnarena begrüßten „FlugbegleiterInnen gegen Abschiebungen" die Lufthansa-Aktionäre bereits mit Sekt und Selters und informierten über den Widerstand gegen Abschiebungen in der deportation.class. „Greifen Sie ein, lassen Sie nicht zu, wenn Passagiere abgeschoben werden", lautete die Message eines Straßentheaters vor der Kölnarena. „Ich bin der Oberbürgermeister und grüße alle Kölner Abschiebegegner und die von auswärts" prangte auf einem Transparent mit der Unterschrift Fritz Schrammas. Unbekannte hatten das Transparent von der Balustrade des technischen Rathauses entrollt. Direkt vor dem Eingang zur Kölnarena parkte ein „Infomobil" mit der Aufschrift: „Lufttransaction-Special – Stop Deportation-Class".

Während der Hauptversammlung sorgten mehrere Dutzend AbschiebegegnerInnen mit Sprechchören und Transparenten für Tumulte. „Abschiebungen ein Mordsgeschäft" – hieß es auf einem der Transparente. Der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa, Jürgen Weber, musste seine Rede deshalb mehrfach unterbrechen. Das Sicherheitspersonal der Lufthansa warf die Protestierenden aus dem Saal und ging dabei mit äußerster Brutalität vor.

Kritische Aktionärinnen und Aktionäre griffen in ihren Redebeiträgen die Geschäftsleitung ebenfalls an und forderten den sofortigen Stopp von Abschiebungen.

„Solange die Lufthansa das Geschäft mit Abschiebungen nicht aufgibt, werden wir unsere Aktionen gegen das deportation-business fortsetzen", kündigte Jan Hoffmann von „kein mensch ist illegal" an. „Wir haben in den vergangenen vier Jahren mit sehr großem Erfolg die Öffentlichkeit auf die Brutalität der Abschiebungen im Flugverkehr aufmerksam gemacht mit sehr phantasievollen und vielfältigen Aktionen, auf internationalen Flughäfen im In- und Ausland, in Niederlassungen des Konzerns, in Reisebüros, auf der Hauptversammlung des Konzerns und im Internet." ■



Netzwerk für solidarisches Miteinander

Die „Aktion Noteingang" des Elmshorner Bündnis gegen Neonazis, die am 8. Juni in der Innenstadt durch Einweihung eines Stadtplanes startete, verbindet kunsthandwerkliche Fertigkeiten mit einem politischen Anliegen.

Ein Erstunterzeichnerkreis von jetzt über 40 öffentlichen und privaten Einrichtungen, Geschäften, Vereinen, Verbänden, Initiativen, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Jugendhäusern und Gaststätten hat sich zusammengefunden. Hier hängen die mehrsprachigen Aufkleber mit der laufenden Person und dem Pfeil zur Tür: „Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen." Die Teilnehmenden sind mit ihren bunten Firmenzeichen und Adressen dokumentiert. Wie sie im Stadtgebiet verteilt sind, wird durch viele kleine Aufkleber markiert. Aber auch Betroffene von mittelbarer oder unmittelbarer Diskriminierung können sich hier melden. Alltagssituationen, in denen sich Migrantinnen und Migranten benachteiligt oder ungerecht behandelt fühlen, sind keine Seltenheit. Hier bekommen sie Unterstützung in Form von Telefonnummern und Kontaktadressen.

„Noteingänge stellen ein Netzwerk für ein solidarisches Miteinander dar. Sie fördern ein Klima für Toleranz und Demokratie und Setzen ein Zeichen gegen Rassismus und Neofaschismus", so Rudi Arendt bei der Eröffnung der Veranstaltung.

Die Stadt Elmshorn hat frühzeitig die „Aktion Noteingang" unterstützt und ist mit öffentlichen Einrichtungen hieran beteiligt. „Möge dieser Stadtplan helfen, dass Menschen in Respekt für eine Kultur gegenseitiger Anerkennung eintreten", sagte Stadtrat Volker Lützen. Er zog eine Verbindung zur Selbstbefreiung Elmshorns 1945. Von den Migrantinnen und Migranten, sprach Abdullah Cicek vom Türkischen Elternbund. Er forderte „solidarisch und gemeinsam für eine weltoffene Stadt" einzutreten. Für die IG Metall machte Bevollmächtigter Uwe Zabel darauf aufmerksam, dass die Aktion zur „gesellschaftlichen Ächtung von Rechtsradikalen beiträgt, genauso wie wir deutlich gemacht haben, dass Faschismus keine Meinung sondern ein Verbrechen ist." Er fand auch deutliche Worte gegenüber der „18 Prozent - Spaß-Partei", die antisemitische Ressentiments aufleben lasse. Großen Anteil bei der Erstellung des Stadtplanes haben die Schüler und Schülerinnen der Raboisenschule mit ihren künstlerischen Fähigkeiten, denn ohne sie wäre dieses Kunstprojekt so nicht entstanden. Für die professionellen Metallarbeiten konnten die Brüder Sitko gewonnen werden. Die Firma Holz-Junge unterstützte ebenso das Projekt. Rund 50 Teilnehmer wohnten der Enthüllung des Stadtplanes vor der Nikolai-Kirche bei.

rua ■



„Der Nerv ist schon lange taub, auf dem Naziverbrechen weh tun"

Zu den rechtsextremen Ausfällen der Möllemänner

Ist es neu, dass die FDP im rechtsextremistischen, neofaschistischen Umfeld wühlt? Sind die antisemitischen Ausfälle des nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann und Interviews des Ex-Grünen-Landtagsabgeordneten und FDP-Aspiranten Jamal Karsli in der profaschistischen „Junge Freiheit" neue, ungewohnte Töne aus einer Partei des antiautoritären Liberalismus?

Zumindest nicht neu ist die Tatsache, dass auch prominentere FDP-Politiker für diese Neonazi-Postille Werbung machen: „Ich lese gern eine unabhängige Zeitung, Sie auch?", so der Generalbundesanwalt a.D. Alexander von Stahl (FDP). Und auch der frühere FDP-Fraktionsvorsitzende von NRW, Achim Rohde oder Hermann Otto Solms und Ex-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt gaben der JF Interviews.

Sehen wir in die Annalen gerade der FDP der 50er Jahre in Nordrhein-Westfalen, scheint hier ein (alt)faschistisches Nest zu sein, ausstaffiert mit liberal wattierten Einsprengseln von damals wie heute besserverdienenden Gesternideologen. Sind sie heute passé?

„Die FDP will Extremisten zur demokratischen Mitte führen." So rechtfertigt der nicht nur zum Spaß der FDP vorsitzende (Rechts)Anwalt Guido Westerwelle die Ausfälle seines fallschirmspringenden Kompagnons aus dem westfälischen Münster. So ähnlich, ja fast wortgleich, klang es vor 50 Jahren schon einmal aus dem Mund eines im Hintergrund des FDP-Landesverbands NRW arbeitenden Besserverdienenden:

„Ziel der FDP muß es sein, so viele Nationalsozialisten wie möglich an die Demokratie heranzuführen." Verfasser dieses Demokratiebekenntnisses aus dem Jahre 1952 war Dr. Werner Naumann, vor 1945 u.a. als Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda engster Mitarbeiter von Joseph Goebbels. Das NSDAP- und SS-Mitglied Naumann gestaltete diese Zusammenarbeit offenbar so vorzüglich, dass er in Hitlers Testament als Goebbels-Nachfolger erkoren wurde.

Nach seiner Flucht mit Bormann aus der Reichskanzlei im April 1945 fasste er in NRW schnell wieder Fuß. 1950 war er u.a. Geschäftsführer der Exportfirma Cominbel in Düsseldorf und Direktor der

••••••••••►

Busch-Jäger (Quandt-Gruppe) Lüdenscheider Metallwerke GmbH.

Zwecks Aufbaus einer neuen NRW-FDP – 0-Ton Naumann, nicht Möllemann:

„Die alte Platte spielt nicht mehr richtig. Mit dem Badenweiler Marsch und mit einer neuen Fahne ist gar nichts getan. Wir brauchen einen neuen Stil, neue Parolen, neue Begriffe und eine neue Sprache, wenn wir unser Volk wieder politisch formen und uns durchsetzen wollen.“ – sammelte Naumann in einem losen Gesprächskreis in Düsseldorf rund 100 alte Kameraden. „Der Apparat der nordrhein-westfälischen FDP füllte sich mit NSDAP-Kreisleitern, SS-Standarten-, Brigade-, Haupt- und Obersturmführern, Führern der Deutschen Einheitsfront, der Hitlerjugend, Gaurichtern der NSDAP etc.“, so Jörg Friedrich in „Die kalte Amnestie – NS-Täter in der Bundesrepublik.“

Hier nur eine kleine Auswahl davon:
Als Möllemann-Vorgänger im FDP-Landesvorsitz wurde installiert der Leiter des Rundfunkpropagandadienstes des Auswärtigen Amtes und frühere Kollege des späteren NS-Bundeskanzlers Kurt-Georg Kiesinger (CDU), Friedrich Middelhauve, der 1952 den Leitsatz der Liberalen kreierte: „Pflicht nach rechts.“

Aus dem gleichen Gestüt kam der SS-Standartenführer Wolfgang Diewerge, Träger des NSDAP-Blutordens und SS-Ehrendegens, der zum Beauftragten für die Rednerschulung in allen FDP-Landesverbänden ernannt wurde. Carl Albert Drewitz, im Goebbels-Ministerium für die Parteipresse zuständig, damals für den Sektor „Kulturpolitik“, wurde Chefredakteur des neuen FDP-Parteiblattes „Die Deutsche Zukunft“.

Doch auch höhergestellte Profi-Täter gesellten sich zu der später so genannten „Gauleiterverschwörung“, gegen deren Mitglieder der britische Hohe Kommissar im späteren NRW Haftbefehl erhob – der selbstredend umgehend wieder aufgehoben wurde. Dazu gehörten der frühere NS-Reichskommissar in Dänemark, Dr. Werner Best, der dort nach 1945 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde und als braver FDP-Demokrat in Essen zum Wirtschaftsjuristen beim Hugo-Stinnes-Konzern aufstieg.

Neben kleineren Fischen wie dem früheren Gauleiter Josef Grohé (Köln) oder Karl Friedrich Florian (Düsseldorf) nahm der schon damals im NRW-Landtag sitzende Ernst Achenbach eine herausragende FDP-Position ein. Früher selbstredend NSDAP-Mitglied war er Leiter der Politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Paris. Achenbach war u.a. mitverantwortlich für den Beschluss der NS-Besatzungsmacht, als „Sühnemaßnahme“ für ein Attentat auf zwei deutsche Offiziere in Paris 2.000 Juden nach Auschwitz zu deportieren, die dort vergast wurden.

Vielleicht ist deshalb die Fürsorgeargumentation des ehrenwerten SPD-Parlamentariers Carlo Schmid für den damals kurzfristig verhafteten Naumann zu erklären, weil er selbst 1944 als Kriegsverwaltungsrat im nordfranzösischen Lille die juristische Rechtfertigungsgrundlage für ein SS-Massaker an 86 Bewohnern geliefert hatte:

„Ich kenne den Staatssekretär Naumann nicht, vielleicht ist er aber ein achtbarer Demokrat geworden.“

Ernst Achenbach war seit 1953 langjähriger FDP-Bundestagsabgeordneter. 1970 sollte er nach dem Willen der Bundesregierung BRD-Europakommissar für die EWG in Brüssel werden. Erst aufgrund der Initiative von Beate Klarsfeld musste dieser Plan fallengelassen werden. Als Berichterstatter des Ausschusses für das deutsch-französische Zusatzabkommen über die Verfolgung von NS-Verbrechern verstand er es, bis 1974 u.a. den Prozess gegen die Judenmörder Lischka, Heinrichssohn und Hagen zu verhindern.

„Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP ist nicht unterwandert.“ So äußerte sich FDP-Hauptgeschäftsführer Thomas Dehler, ehem. Justizminister, über seine Partei bereits 1953.

Und das trotz solcher Leute wie dem ehem. FDP-Landesverbandsvorsitzenden und Waffen-SS-Angehörigen sowie späteren parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Fraktion im Bonner Bundestag Siegfried Zoglmann oder seines späteren Bundesparteivorsitzenden und stolzen NS-Ritterkreuzträgers Erich Mende.

Sicher ist die FDP – auch mit und trotz Möllemann – keine neofaschistische Partei mit altfaschistischem Hintergrund.

Doch gilt der Satz umso drängender, den Jörg Friedrich schon 1984 schrieb:

„Der Nerv ist schon lange taub, auf dem Naziverbrechen weh tun. Rechtsseitig gelähmt, verspürt die Bundesrepublik die nazistische Berührung nicht, selbst wenn das Blut schon fließt. Sie hat so viele NS-Verbrecher in die Arme schließen müssen, daß ihr die Glieder abgestorben sind, mit denen sie sich der kommenden erwehren soll.“ *Volker Adam* ■

„Vertriebene“ hoffähig

Bundestag berät über Einrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“

Kommenden Donnerstag wird der Bundestag über drei Anträge zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibung“ beraten und abstimmen. Die Debatte ist ein weiteres Indiz dafür, welchen Einfluss die revanchistischen Vertriebenenverbände haben.

Schon die von Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), der Sudetendeutschen Landsmannschaft und FPÖ-Chef Jörg Haider angezettelte Debatte, die Tschechische Republik solle die Benes-Dekrete widerrufen, hat den giftigen Einfluss dieser Verbände und ihren Schulterschluss mit CDU und CSU erneut gezeigt. Aber auch SPD und Grüne biedern sich dieser völkischen Klientel zielstrebig an. Bundeskanzler Gerhard Schröder und Innenminister Otto Schily nutzen jede Gelegenheit zu Auftritten. Kritik aus den Reihen der Regierung an der Forderung nach einem „Recht auf Heimat“ und nach Rückgabe deutschen Eigentums müssen die „Vertriebenen“ nicht fürchten.

Im Sommer 2000 war der Bund der Vertriebenen (BdV) mit seiner Forderung nach einem „Zentrum gegen Vertreibung“ an die Öffentlichkeit getreten. „In zentraler Lage Berlins“ solle das Zentrum „mit zirka 11000 Quadratmeter Nutzfläche“ errichtet werden, Kosten: 160 Millionen DM. Träger soll ein „Förderkreis“ sein, für den der BdV den SPD-Politiker Peter Glotz und den ungarisch-jüdischen Schriftsteller György Konrád gewann. In der Konzeption des BdV findet sich im Abschnitt „Warum Vertreibungen“ kein Wort zu den Verbrechen der Naziokkupations-, Germanisierungs- und Vernichtungspolitik.

Ein solches Zentrum wäre ein Mahnmal deutsch-völkischer Verbohrtheit, Kultstätte für Rechtsextremisten und steingewordener Beweis für Geschichtsfälschung und Bagatellisierung deutscher Verbrechen. Aus Osteuropa kam deshalb sofort scharfe Kritik. Aus Polen verlautete, das Zentrum solle in Wroclaw errichtet werden. Damit sollte das Thema „Vertreibung“ in direkten Zusammenhang mit der Nazigermanisierungspolitik gestellt werden. Der BdV lehnte ab.

Auf meine Anfrage an die Regierung, wie sie sich zum Plan des BdV verhalten wolle, kam damals von SPD und Grünen hinhaltend Nebulöses. Wegen Föderalismus sei eine 50prozentige Beteiligung des Landes Berlin erforderlich und die

Übernahme der Trägerschaft. Außerdem sei das „wissenschaftliche und museologische Konzept“ nicht erkennbar. Im übrigen erinnere in Berlin bereits ein Denkmal an Flucht und Vertreibung, für ein Zentrum habe man kein Geld. *(Bundestagsdrucksache 14/3922 vom 21.7.2000)*

Inzwischen ist die Diskussion weitergegangen. Der BdV hat angeblich mehrere hundert Städte und Gemeinden dafür gewonnen, ihre „Patenschaft“ für ein solches Zentrum zu erklären. CDU und CSU und ihr Kanzlerkandidat Stoiber wollen das Thema nun zum Wahlkampfthema aufbauen, um rechtsaußen Stimmen zu fischen. Dass sie damit gegenüber Polen und der Tschechischen Republik Spannungen schüren, nehmen Union und „Vertriebene“ in Kauf. Der Ex-BdV-Funktionär Hartmut Koschyk brachte Mitte März mit BdV-Chefin Erika Steinbach, ebenfalls CDU-MdB, einen Antrag auf den Weg. Die Bundesregierung solle mit dem BdV in eine „konstruktive und organisatorische Zusammenarbeit“ eintreten, ein Gebäude bereitstellen und einen Finanzierungsplan vorlegen. Die FDP eilte mit einem Antrag hinterher, der verlangt, die „in Deutschland vorhandenen kollektiven Erfahrungen der Vertreibung“ (also nicht die Erinnerung an Naziverbrechen) zum „Ausgangspunkt für das Dokumentations- und Forschungszentrum“ zu machen.

Die Bundesregierung blieb scheinbar auf Distanz. In ihrem Antrag fordert sie ein „europäisch ausgerichtetes“ Zentrum, das „die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren“ soll. Der Trägerkreis solle europäisch sein. Als Ort wünscht die SPD Wroclaw.

Die Differenzen sind aber nur vordergründig. Im Bundestag berichtete am 16. Mai der CDU-Abgeordnete Norbert Lammert, der Staatsminister im Kanzleramt, Nida-Rümelin, habe BdV-Präsidentin Steinbach bereits im März 2001 prinzipielle Zustimmung der Bundesregierung signalisiert. Die „europäische Ausrichtung“ des Projekts könnte sich – zumal bei dem zielstrebigen Werben Schilys und Schröders um Wählerstimmen in der völkischen Klientel und um die Gunst der BdV-Funktionäre – bald erledigen, zum Beispiel durch eine nichtdeutsche Galionsfigur im Beirat. Und der Streit um den Ort ließe sich durch eine Außenstelle des von Berlin gelenkten Zentrums in Wroclaw lösen.



Ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin

Lebendige Diskussion ist angestoßen

Über die vom Bund der Vertriebenen gegründete Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird in der Öffentlichkeit lebendig diskutiert. Der Deutsche Bundestag hatte sich in einer Debatte engagiert und konstruktiv mit dem Aufbau des Zentrums gegen Vertreibungen auseinandergesetzt.

Zentrum gegen Vertreibungen gehört nach Berlin.

Die PDS-Bundestagsfraktion hat noch keine Entscheidung über Zustimmung zum „Zentrum für Vertreibung“ getroffen. Den CDU-Antrag wird sie ablehnen. Ulla Jelpke und andere setzen sich für eine generelle Ablehnung ein.
Bild: Deutscher Ostdienst mobilisiert

Der Bundesverband der Vertriebenen kommt für mich weder als Träger noch als Mitträger eines solchen Zentrums in Betracht. Das völlig einseitige, die deutschen Verbrechen der Nazizeit bagatellisierende Weltbild dieser Verbände und ihre bis heute fehlende Abgrenzung zu Antisemiten und Rechtsextremisten disqualifizieren den BdV völlig. Das Thema hat für mich nur eine Berechtigung, wenn von vornherein mit jüdischen, polnischen, tschechischen VertreterInnen und mit Roma und Sinti als größten Opfergruppen deutscher Germanisierungspolitik im letzten Jahrhundert ein Gesamtkonzept erarbeitet wird. Das aber ist nie geschehen.

Wie weit CDU und CSU bereit sind, am rechten Rand zu fischen und zu hetzen, hat Stoiber vergangenes Wochenende deutlich gemacht, als er ausgerechnet das Treffen der Ostpreußischen Landsmannschaft in Leipzig wählte, um seinen Einsatz für den BdV deutlich zu machen. Im Ostpreußenblatt der Landsmannschaft durfte 1994 nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck der damalige Rep-Chef Franz Schönhuber Ignaz Bubis als „Volksverhetzer“ verleumden. Auf 25 Seiten dokumentierte mein Büro damals ausländerfeindliche, revanchistische, antidemokratische Äußerungen von Autoren und Anzeigen rechtsextremer Verlage in dem Blatt. Ende 2000 bestätigte die Bundesregierung erneut entsprechende Artikel, u.a. des Auschwitz-Leugners David Irving und des NPD-Anwalts Horst Mahler. Zum Treffen in Leipzig hatten auch die NPD und die offen rechtsextreme „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ mobilisiert. Dass Stoiber dieses Treffen besucht, dokumentiert, was für ein gefährlicher Brandstifter der Mann ist.

Ulla Jelpke ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten! Unser Ziel 3000 Euro!

Insgesamt sind bisher

***687,-* Euro eingetroffen**

(Stand 26. Juni)

Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto 10419507

Angriff auf Potsdamer Abkommen

SPD und Union: Umsiedlungen in Polen waren „Unrecht“

Die deutsche Offensive Richtung Osten weitet sich aus. Eben erst ist die Forderung zum Allgemeingut deutscher Außenpolitik geworden, die Tschechische Republik müsse einige ihrer Gesetze (verächtlich „Benes-Dekrete“ genannt) aufheben, mit denen Enteignung und Umsiedlung der Deutschen in Folge des Zweiten Weltkriegs geregelt wurde. Seit dem 22. Juni verlangen prominente deutsche Politiker aus SPD und Union nun, auch Polen müsse die entsprechenden Gesetze rückwirkend für ungültig erklären.

Den diesbezüglichen Medienrummel konnte der bayerische Kanzlerkandidat für sich verbuchen. Die Tagespresse berichtete von Stoibers Rede beim Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen, in der er am 23. Juni gefordert hatte, Polen müsse sich von den „Dekreten, aufgrund derer die Deutschen entrechtet und vertrieben wurden“, „verbindlich und versöhnend trennen“. Auch das „Recht auf Heimat“ für die deutschen „Ostpreußen“ hatte Stoiber verlangt, nicht nur in Polen, sondern auch in der russischen Oblast Kaliningrad.

Entsetzt reagierte die polnische Öffentlichkeit. Der polnische Ministerpräsident Leszek Miller erteilte Stoiber eine klare Absage; der polnische Außenminister Wlodzimierz Cimoszewicz rief dazu auf, den „gesunden Menschenverstand“ zu wahren; der frühere Justizminister Lech Kaczynski schließlich erklärte, der EU-Beitritt Polens komme nur zustande, wenn „Eigentumsforderungen“ unterblieben. PolitikerInnen der polnischen Regierungsparteien stellten völlig zu Recht fest, Stoiber betreibe mit seinen Anmaßungen die Revision des Potsdamer Abkommens, in dem die Umsiedlung der Deutschen verbindlich beschlossen worden war, und sie zogen Parallelen zur Revision der Pariser Vorortverträge, die Deutschland in den 1930er Jahren vornahm.

Es fällt schwer, den bedrohlichen Gedanken zu akzeptieren, dass die deutsche Außenpolitik mit dem offenen Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung beginnt. Beruhigend wäre es, wenn Stoibers Exzesse als isoliertes CSU-Wahlkampfgetöse klassifiziert und mit anderen, womöglich rot-grünen Positionen konfrontiert werden könnten, die die Gültigkeit der Enteignung und Umsiedlung der Deutschen bekräftigten. Dem ist aber nicht so.

Stoiber war nicht der erste, der die Forderung stellte, die Umsiedlung der Deutschen aus Polen für ungültig zu erklären. Klaus Hänsch, deutscher Sozialdemokrat und ehemaliger Präsident des Europaparlaments, hatte bereits am 22. Juni die Umsiedlung als „ethnische Säuberung“ und „Verbrechen“ bezeichnet. Hänsch wolle die „Benes-Dekrete“ in der Tschechischen Republik „und analoge Gesetze in Polen und Slowenien“ aufheben, berichtete die „Welt“.

Am 24. Juni, nur einen Tag nach Stoibers Rede, erklärte der sozialdemokratische Vorsitzende der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe, Markus Meckel, der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita die deutschen Positionen. Er gebe Stoiber darin Recht, dass „Vertreibungen“ immer „Unrecht“ seien, so der SPD-Politiker. Er nannte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die „Bierut-Dekrete“, wie die gesetzlichen Grundlagen für die Umsiedlung der Deutschen aus Polen verächtlich und außerdem unzutreffend bezeichnet werden (gemeint sind zahlreiche Gesetze und Ausführungsverordnungen unterschiedlichster polnischer Stellen).

Meckel erklärte dem polnischen Publikum auch die Differenzen zwischen den Positionen von Union und SPD. Zum einen wolle er im Gegensatz zu Stoiber die Aufhebung der jeweiligen Gesetze nicht mit dem EU-Beitritt verknüpfen, verkündete er. Damit wird es allerdings auch einfacher, die Umsiedlung der Deutschen für ungültig zu erklären. Denn das läuft auf eine Revision des Potsdamer Abkommens hinaus, und wenn diese Revision nach der EU-Osterweiterung und somit innerhalb der EU geschieht, dann müssten zwei der Garantiemächte des Potsdamer Abkommens (die USA und Russland) sich der Einmischung in innere Angelegenheiten der EU schuldig machen, um das Abkommen zu retten.

Meckel wies auch auf eine zweite Meinungsverschiedenheit mit Stoiber hin. Stoiber wolle „die Umsiedlung ausschließlich der Deutschen“ auf die Tagesordnung setzen, äußerte er in der Rzeczpospolita. Deren LeserInnen dürfte Meckels Gegenvorschlag bekannt sein. Meckel setzt sich seit einigen Monaten für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Wroclaw ein (vgl. Antifaschistische Nachrichten 13/2002). Es soll Umsiedlungen in ganz Europa als „Unrecht“ brandmarken und sich für ein europaweites „Recht auf Heimat“ stark machen. Davon würden deutsche „Vertriebene“ selbstverständlich profitieren, aber auch etwa PolInnen, die 1945 aus dem Gebiet der heutigen Ukraine umgesiedelt wurden.

Die deutsche Sozialdemokratie – weit davon entfernt, sich an das Potsdamer Abkommen zu halten – bietet also keinerlei Anlass zur Hoffnung für die, die die europäische Nachkriegsordnung bewahren wollen. Ihr Europakonzept legt Zündschnüre weit im Osten, etwa im ukrainischen Lviv, aus dem 1945 Hunderttausende nach Polen umgesiedelt wurden; dort gibt es schon jetzt Streit um einen Friedhof für polnische Soldaten, die 1919 bei der Eroberung der Stadt umkamen. Das sozialdemokratische Europakonzept stärkt selbstverständlich auch die Position der deutschen „Vertriebenen“ östlich der deutschen Grenzen.

Deren Einfluss dort ist schon jetzt nicht zu verachten. Seit Mai letzten Jahres steht im polnischen Frombork ein Denkmal für die deutschen „Vertriebenen“. Im November letzten Jahres veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen im polnischen Elblag ihren „2. Kommunalpolitischen Kongress“, bei dem „Vertriebene“ polnischen KommunalpolitikerInnen ihre Vorstellungen von polnischer Innenpolitik beibrachten. Der Freistaat Bayern – offizielle Patenorganisation der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Landsmannschaft Ostpreußen – hat in Olsztyn das „Haus Kopernikus“ eröffnet, das sich zum Zentrum für die „deutsche Volksgruppe“ im früheren Ostpreußen entwickeln soll.

Um das Potsdamer Abkommen, das Europa gegen Deutschlands völkisch inspirierte Offensiven Richtung Osten schützen sollte, ist es schlecht bestellt. Zumal der deutsche Druck auf die EU-Beitrittskandidaten, die sich ja theoretisch gegen die deutschen Anmaßungen verbünden könnten, die einzelnen Staaten isoliert. Nur die Tschechische Republik verteidigt bedingungslos die Potsdamer Beschlüsse. Der polnische Ministerpräsident Miller begründet seine Ablehnung der deutschen Forderungen mit einer Abgrenzung gegenüber Tschechien: Die Regelungen in Polen seien im Unterschied zu den „Benes-Dekreten“ juristisch nicht angreifbar. Das slowenische höchste Gericht hat nach Presseberichten einen Präzendenzfall zu Gunsten eines Deutschen entschieden, der 1945 enteignet wurde und jetzt entschädigt werden soll. Der slowakische Politiker Vladimir Meciar gar, der gute Aussichten hat, im Herbst neuer slowakischer Regierungschef zu werden, erklärte kürzlich in Berlin, er wisse nicht, ob in der Slowakei die tschechoslowakischen „Benes-Dekrete“ überhaupt gälten.

Jörg Kronauer ■

Stoiber macht Stimmung

Ausstellung „In Bayern angekommen“

Noch bis zum 21. Juli zeigt das Haus der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in der Bayerischen Staatskanzlei die Wanderausstellung „In Bayern angekommen ... Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern nach 1945“. Fotos, Dokumente und Kurzfilme mit Zeitzeugeninterviews berichten darüber, wie Flüchtlinge und Vertriebene vor allem aus der Tschechoslowakei, Schlesien, Ostpreußen und Polen in Bayern ansässig wurden.

Lag es am schönen Wetter oder daran, dass diese Wanderausstellung erst am Vortag eröffnet worden war. Jedenfalls gähnende Leere im Ausstellungsraum im ersten Stock der Bayerischen Staatskanzlei. Während in der Ferne zarte Melodien des Flötenspielers aus dem Hofgarten gerade noch wahrnehmbar ins Ohr säuselten, fristeten die Exponate in der sonnendurchfluteten Halle ein trauriges Dasein. Recht schmucklos gaben die einzelnen Stellwände über die Eingliederung der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg Auskunft. Bemühungen, eine gewisse Ordnung in der Dokumentation zu finden, schienen zum Scheitern verurteilt. Nirgendwo ein Bild mit der Nummer Eins. Nirgendwo ein Anfang oder Ende. Aber vielleicht spielte das hier auch keine Rolle.

Hier einige Streiflichter: Auf einer Foto-Stellwand blickten traurige Kinderaugen suchend in die Welt. Unter dem Titel „Verlassene Kinder suchen ihre Eltern“ waren die Bilder dieser Kinder wie auf einem Steckbrief angeordnet. Eine kleine Texttafel zum Thema „Flucht und Vertreibung“ wies auf die Konferenz von Potsdam von 1945 hin. Als interessantes Highlight präsentierte sich der Kurzfilm über betroffene Immigranten aus dem Osten. So äußerte sich der bekannte Kinderbuch-Autor Otfried Preußler („Räuber Hotzenplotz“) recht positiv über die damalige Integration: „Wir haben Arbeitsplätze geschaffen und das ist, glaube ich, keine schlechte Voraussetzung“. Genaue Daten über die Herkunftsländer der Vertriebenen zeigte eine andere bunte Tafel: So kamen zirka eine Million Einwanderer allein aus der Tschechoslowakei, gefolgt von knapp 500000 aus Schlesien und ungefähr 90000 aus Ostpreußen. Und stolz erzählte eine Wand vom Lastenausgleichsgesetz (LAG), womit das Gesamtbild vermittelt wurde, die Integration sei ein voller Erfolg gewesen und überhaupt alles ganz toll. Mehr noch: Die ausliegende Broschüre spricht von einer „Erfolgsgeschichte (auch) für das Land Bayern“ und dass „die Flüchtlinge und Vertriebene(n) Bayern zunehmend als ihre Heimat (ansahen)“.

Genau hier gilt es einzuhaken. Alles ein toller Erfolg? Um das beurteilen zu können, ist es wichtig, etwas genauer hinzusehen. Völlig lapidar berichtete eine Texttafel, angekommene Vertriebene seien zumeist in Flüchtlingslagern untergebracht worden, so beispielsweise in Kulmbach, Sulzbach-Rosenberg, München und auch in den Baracken des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau. Wie bitte? Ja, richtig gelesen! Verzweifelte Menschen mussten damals von 1948 bis 1960 dort leben, wo wenige Jahre zuvor Menschen systematisch ausgerottet wurden. Erschreckend dabei, wie distanziert sich diese ach so aufgeklärte Ausstellung gab. Es fehlte jede Kritik an den damaligen Zuständen. Selbst das Begleitbuch von Friedrich Prinz beschreibt diesen untragbaren Zustand ganz nüchtern, als sei es das Normalste von der Welt. Hier zeigte sich exemplarisch ein großer Fehler der Ausstellung: Zu viel flache, oberflächliche und vor allen Dingen verfälschende Information.

Schlimmer noch: Leider mangelte es dieser Veranstaltung an jedem historischen Bezug. Dies ist umso ausschlaggebender, als dass die Flüchtlingsproblematik geschichtlich nicht isoliert betrachtet werden darf. Das Schicksal Deutschlands begann eben nicht am Tag der Kapitulation, am 9. Mai 1945, sondern mindestens mit der Machtergreifung Hitlers 1933. Kein Wort auch über das Münchener Abkommen von 1938 zwischen Hitler, Mussolini und den Regierungschefs von Großbritannien und Frankreich. Hierbei sollte die Tschechoslowakei binnen zehn Tagen ihre Grenzgebiete räumen. Worauf diese Gebiete einst von den Deutschen besetzt wurden und die Tschechoslowakei einen erheblichen Teil ihres Staatsgebietes verlor und nicht einmal gefragt wurde. Auch heute noch ist die Gültigkeit des Münchener Abkommens ausschlaggebend für die deutsche Außenpolitik. Während die gegenwärtige Regierung allerdings gegenüber Tschechien einen eher moderaten Ton anschlägt, stellt der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber gern unannehmbare Forderungen an den östlichen Nachbarn.

Hier liegt sicherlich eine Motivation für die Ausstellung: Stoiber will mit dieser Veranstaltung für die Ziele der Sudetendeutschen – vor allem aber für die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) – Stimmung machen. Für die kommende Bundestagswahl im September erhofft er sich dabei das eine oder andere Prozent mehr. Dass er auf diese Weise Geschichte verdreht und verfälscht, den Graben zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk noch vergrößert, kümmert ihn offenbar wenig. Man sieht also: Ein Wahlsieg des Kandidaten Stoiber wäre eine Riesenkatastrophe. Es gibt noch einen zweiten Grund für die Wanderausstellung: Wieder einmal wurde der Versuch gemacht, zu dokumentieren, wie erfolgreich der Freistaat Bayern sich entwickelt hat. Und alles mit Hilfe der fleißigen Flüchtlinge. Als Beispiele nannten die Veranstalter die Glasherstellung in Waldkraiburg, die Fertigung von Karlsbader Oblaten in der Fabrik Ott in München und die Schmuckwarenindustrie in Kaufbeuren. Nichts lässt die CSU unversucht, Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern eine Sonderstellung zu geben.

Fazit: Die Ausstellung „In Bayern angekommen ...“ erwies sich als eine stark ideologische Veranstaltung, die Geschichte manipulierte, wo es ging. Entweder fehlte wichtige Information oder Fakten wurde glatt verfälscht. Letzt endlich diente sie dazu, für die stark rechtsgerichteten Vertriebenenverbände Stimmung zu machen. An den Punkten, wo es wichtig gewesen wäre, zu informieren, blieb die Ausstellung zu sehr an der Oberfläche. Stattdessen setzte sie auf vorgefertigte Daten aus dem Computer, die auf Knopfdruck abgerufen werden konnten. Obgleich dies Alles eher an PC-Spiele erinnerte. So als ob sich die Veranstalter dem Ernst der Situation nicht bewusst waren. Zu viele Foto-Dokumente und zu wenig Text stellten das größte Manko dar. Der Besucher spürte, dass Edmund Stoiber seinen Widersacher Gerhard Schröder fast schon gewaltsam schlagen will. Bleibt zum Schluss nur die Preisfrage: Was bedeutet „S.M.S.“? Na ganz einfach: „Stoiber macht Stimmung“!

joe ■

Criticons „braune Sauce“: das Vorbild Mussolini

criticon Nr.173/Frühling 2002

Die Kritik am „Grünen Punkt“, an den „Systemkosten“ von Mülltrennung und stofflicher Wiederverwertung, steht im Mittelpunkt mehrerer Artikel dieses Heftes. Eine Heftseite umfasst die Publikation von Edgar Gärtner: „‚Nachhaltige‘ Planwirtschaft besser als kostengünstiger Wettbewerb in der Abfallwirtschaft?“ Gärtner wirbt für die Kapitalanleger, die in Verbrennungsanlagen investiert haben: „ (...) kann niemand mehr behaupten, dieser Entsorgungsweg sei für die menschliche Gesundheit oder für Flora und Fauna bedenklich. Ähnlich ist die Verarbeitung von Hausmüll zu Trockenstabilat und dessen anschließende Verwertung einzuschätzen.“ Die Werbung für das per Warenzeichen geschützte „Trockenstabilat“ fällt in dieser criticon-Nummer etwas kürzer aus: Da der Anzeigenkunde Herhof-Umwelttechnik nur eine halbe Seite Anzeige gekauft hatte, stellte der criticon-Herausgeber diesmal auch nur eine Seite für den redaktionellen Werbeartikel zur Verfügung. In der letzten Nummer hatte Herhof eine ganze Seite inseriert, er kaufte damit zugleich einen zweiseitigen Artikel.

Gegen weitgehende Umweltauflagen schreibt Prof. Walter Krämer. Er zitiert Paracelsus, alles könne je nach Menge giftig sein. Als Beweis erzählt Krämer eine Geschichte, die er gehört habe: „Aus England wird der Fall einer 40-jährigen Frau berichtet, die nach dem versehentlichen Verschlucken eines Haushaltsreinigungsmittels den Rat erhielt, soviel Wasser wie möglich zu schlucken, und nach dem Trinken von 15 Litern Wassern unter großen Schmerzen starb.“ Krämer hält die richtige Dosis ein, schreibt weiter gegen die „deutsche Panik-Mafia“ und kennt sich demnach auch in der italienischen Sprache ein wenig aus. In einem Zusatz informiert die criticon-Redaktion: „Walter Krämer ist Gründer und erster Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache.“

Für die criticon-Kampagne „Rettet den Unternehmer-Mittelstand“ dokumentiert dieses Heft: „Mehr Eigenverantwortung! Ein Plädoyer christlicher Unternehmer“. Der Beitrag ist „die gemeinsame Position des Bundes Katholischer Unternehmer und des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer“. Er fordert u.a.: Weg mit der schädlichen Sozialversicherung! Dazu schreiben die gläubigen Unternehmer: „Denn die Verdrängung der kreativen Eigeninitiative, die Gängelung und Bevormundung eigenverantwortlicher Bürger durch den Staat nimmt dem Markt seine Effizienz. Dafür, wie schädlich das ist, gibt es zahllose aktuelle Beispiele. An erster Stelle zu nennen ist das gesamte System der Sozialversicherung, das daran krankt, daß es die Eigenverantwortung der Bürger unterdrückt.“ Die Unternehmer jammern, dass „die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung vernachlässigt“ werde. Ihr Glaube ist ihnen gewiss: „Der Markt muß seine Kräfte wieder stärker entfalten können.“ Natürlich, wie sie meinen, gegen die „problematische Kollektivveranstaltung der Tarifautonomie“.

Der Herausgeber Gunnar Sohn wendet sich dagegen, dass „Konservative in Deutschland immer wieder in die rechte Ecke geschoben oder verdächtigt“ (werden), „eine Scharnierfunktion für Rechtsradikale auszuüben“. In einem Interview, betitelt „Trittin-Ministerium schmeißt mit Dreck. Kritische Berichterstattung über das Müll-Netzwerk des Grünen Punktes soll unterdrückt werden“ berichtet Sohn: Sein Großvater war jüdischer Herkunft, wurde von den Nazis verfolgt und im KZ ermordet. Seine Großmutter sei Nichtjüdin gewesen. Sohn sagt dann: „Wenn jetzt schon wieder eine Hetzkampagne gegen das Ansehen meiner Familie losgeht, ausgelöst durch eine böswillige Ablenkungsintrige des Trittin-Ministeriums, werde ich mich in der Öffentlichkeit nach besten Kräften wehren.“ Entgegen der Erfahrung der Verfolgung von Familienmitgliedern durch die Faschisten lässt der Herausgeber G. Sohn in diesem Heft des criticon offene Propaganda für den Faschismus verbreiten. In einem criticon-Gespräch mit Wolf Jobst Siedler, „Berliner Provinzialismus und die Revolution von oben“, preist der frühere Verleger den faschistischen Diktator Mussolini als politisches Vorbild: „Nach der Wende sprach ich mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen über einen Wiederaufbau des Schlosses. Diepgen verwies auf die Widerstände (...) Ich habe darauf mit der Erinnerung erwidert: ‚Gegen Mussolini hätte in den frühen 20er Jahren der ‚Faschistische Großrat‘ revoltiert. Es ging um irgendeine Entscheidung, wo seine Granden, Italo Balbo und Dino Grandi, eine andere Meinung als der Duce vertraten. Er herrschte seine Gefolgsleute an: ‚Merkt Euch, ich bin ein Führer, der führt, und kein Führer, der geführt wird.‘ Das war eben noch ein junger, dynamischer Duce. Auch die Demokratie verlangt nach Führung. Kohl hatte ja stets eine Neigung, autoritär zu sagen, wohin es gehe. Sonst wäre die Wiedervereinigung niemals zustande gekommen. Man macht einem starken Staatsmann seine Stärke nicht zum Vorwurf. Aber wo ist heute ein solcher Mann zu sehen?“

G. Sohn hatte in seinem Interview beteuert: „(...) und werde mich auch von Herrn Trittin nicht mit brauner Sauce übergießen lassen.“ Der Herausgeber Sohn hat in der von ihm verantworteten Zeitschrift criticon, Nr. 173, Frühjahr 2002, den Lobpreis auf den Faschistenführer Mussolini veröffentlichen lassen. Der braune Dreck rinnt aus seiner Zeitschrift. *gba* ■

Kommt Schill?

Junge Freiheit Nr. 27/02 vom 28. Juni 2002

Mit vorsichtiger Zufriedenheit kommentiert das Blatt den Beschluss des Parteitags der Partei Rechtsstaatliche Offensive, an der Bundestagswahl teilzunehmen: „Eigentlich spricht alles gegen eine Kandidatur dieser Partei. Dass dennoch der Druck der Parteimitglieder so groß war, liegt auch an der trotz Stoiber offensichtlichen Repräsentationslücke des deutschen Parteiensystems. Es fehlt eine Partei, die wie die FPÖ in Österreich, die Partei des ermordeten Pim Fortuyn in den Niederlanden oder die Volkspartei in Dänemark den massenhaften bürgerlichen Protest gegen kaum unterscheidbare etablierte Parteien artikuliert ... Es wäre aber eine nicht chancenlose Premiere, wenn eine bereits an einer Landesregierung beteiligte populistische Partei deutschlandweit zu wählen wäre.“ Die Junge Freiheit auf der Suche nach der nächsten Partei. *uld* ■